



STÄRKEN

WAHLPROGRAMM ZUR KOMMUNALWAHL 2011



DIE
FRANKFURTER
PARTEI

CDU

INHALT

VORWORT

1. WIRTSCHAFTLICHE STÄRKE UND SOZIALE SICHERHEIT	6
1.1 FINANZEN	6
1.2 WIRTSCHAFT	11
1.3 SOZIALES	17
1.4 GESUNDHEIT	22
2. FÜR DIE CHANCENGESELLSCHAFT	25
2.1 FAMILIEN	25
2.2 KINDER	28
2.3 JUGEND	31
2.4 FRAUEN	33
2.5 SENIOREN	36
2.6 BILDUNG	39
2.7 INTEGRATION	44
2.8 BÜRGERGESELLSCHAFT	47
3. INFRASTRUKTUR STÄRKEN	50
3.1 VERKEHR	50
3.2 PLANEN / BAUEN	57
4. FRANKFURT LEBENSWERT	63
4.1 SICHERHEIT	63
4.2 BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ	68
4.3 SAUBERKEIT	71
4.4 WOHNEN	73
4.5 KULTUR	77
4.6 SPORT	81
4.7 UMWELT	84
4.8 STADTTEILE	87
5. METROPOLREGION FRANKFURT RHEIN MAIN	89

Hinweis:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im folgenden Text auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

CDU-Kreisverband Frankfurt am Main

Christian Wernet

Hanauer Landstraße 7 | 60314 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 15 30 99 0 | Fax: 069 / 15 30 99 20

www.cduffm.de

VORWORT

DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,
am 27. März 2011 findet in Frankfurt am Main die
Kommunalwahl statt.

Für Frankfurt – unsere Heimatstadt – ist diese Wahl von grund-
legender Bedeutung. An diesem Tag entscheiden die Bürgerinnen
und Bürger darüber, ob und wie sich Frankfurt als Metropole
entwickeln wird. Sie entscheiden mit ihrer Stimme, ob und wie
begonnene Projekte weitergeführt und welche Entwicklungen
fortgesetzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob
und wie die Infrastruktur weiter ausgebaut wird, ob und wie Schulen
ausgestattet werden. Sie stimmen darüber ab, ob und wie das
Wohnviertel, in dem sie leben, zukünftig aussehen wird. Keine
andere Wahl wie die Kommunalwahl 2011 hat einen größeren
Einfluss auf die Entwicklung der Frankfurter Stadtteile und die
Lebensqualität der gesamten Stadt.

**Für alle Frankfurter Bürgerinnen und Bürger gibt es daher einen
guten und wichtigen Grund, zur Wahl zu gehen! Am 27. März 2011
geht es um Sie persönlich!**



Boris Rhein

Boris Rhein
Hessischer Minister des Inneren und für Sport
Kreisvorsitzender

Helmut Heuser

Helmut Heuser
Fraktionsvorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion

Keine andere Partei steht wie die Frankfurter CDU für ein friedliches
Zusammenleben der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen.

Keine andere Partei steht in vergleichbarer Weise für das spürbare
Aufblühen und den Erfolg unserer Heimatstadt. Mit bald 700.000
Einwohnern ist Frankfurt am Main eine Stadt, deren Einwohnerzahl
wächst. Frankfurt wird mehr Kinder und Jugendliche haben und
gleichzeitig über eine immer bessere Infrastruktur verfügen. Frank-
furt wird nicht nur zu „der Familienstadt“ Deutschlands, sondern
auch zur europaweit am meisten prosperierenden Metropole. Dass
dieses einmalige Wachstum in den Zeitraum unserer Regierung fällt,
ist kein Zufall. Die Frankfurter CDU hat unsere Heimatstadt – unser
Frankfurt – in den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung kontinuierlich
zu dem gemacht, was sie heute ist. Mit diesem Wahlprogramm, das
Sie jetzt in Ihren Händen halten, werden wir als Frankfurter CDU
diesen einmalig erfolgreichen Weg weitergehen!

**Dafür bitten wir, die Frankfurter CDU, um Ihr Vertrauen und Ihre
Stimme! Wählen Sie am 27. März 2011 die Frankfurter CDU – für
unser Frankfurt!**

1.1 FINANZEN

UNSERE POLITIK FÜR FRANKFURT

Wir wollen durch eine solide Finanzpolitik die Zukunft Frankfurts sichern

Frankfurt hat im Gegensatz zu den meisten anderen Großstädten die drastischen Steuereinbrüche durch die weltweite Finanzkrise ohne Einschnitte im städtischen Haushalt bewältigt. Die Stadt hat sich als verlässlicher Partner für Wirtschaft, Arbeitnehmer, Familien und Senioren erwiesen. Die CDU-geführte Stadtregierung hat dafür gesorgt, dass in den Jahren hoher Steuereinnahmen Rücklagen für schlechte Zeiten gebildet wurden. Dadurch ist es möglich, die im Doppelhaushalt 2010/11 eingeplanten Defizite auszugleichen. Allerdings ist klar, dass wieder steigende Steuereinnahmen nicht zu einer Ausweitung des Etats führen dürfen, sondern konsequent zum weiteren Abbau von Schulden und zur Bildung neuerlicher Rücklagen verwendet werden müssen. Mehr denn je ist allerdings eine neue Lastenverteilung erforderlich.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Wir haben im Interesse von Wirtschaft und Arbeitsplätzen den Gewerbesteuerhebesatz um 30 auf 460 Punkte gesenkt und liegen damit nicht mehr an der Spitze, sondern im Mittelfeld der deutschen Großstädte.

- Wir haben die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise durch eine solide Haushaltspolitik erfolgreich bewältigt.
- Zwischen 2006 und 2010 konnten 450 Millionen Euro Schulden abgebaut werden.
- Trotz geringerer Steuereinnahmen wegen der Welt-Finanzkrise wurde das Leistungsniveau des Haushalts der Stadt erhalten.
- Im Doppelhaushalt 2010/2011 haben wir die Ausgaben für soziale Leistungen auf hohem Niveau stabil gehalten.
- Zur Stärkung der Wirtschaft in der Krise wurden Investitionen von jährlich jeweils rund 400 Millionen Euro finanziert. Hinzu kamen die Mittel aus den Konjunkturprogrammen von Bund und Land Hessen. Damit geht der Standort Frankfurt gestärkt aus der Krise hervor.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Den Haushalt konsolidieren

- Wir wollen weiter in die Zukunft der Stadt, ihrer Menschen und ihrer Wirtschaft investieren. Dazu muss der städtische Haushalt konsequent und nachhaltig konsolidiert werden. Steigende Steuereinnahmen müssen erneut vorrangig zur Bildung von Rücklagen für mögliche neue Krisen und zum Abbau von Schulden verwendet werden.
- Wir treten für die Beibehaltung der Gewerbesteuer ein. Mittelfristig streben wir eine weitere Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes an.

- Im Zuge einer intensiveren regionalen Zusammenarbeit streben wir eine stärkere Beteiligung der Kommunen im Umland an den Kosten von Einrichtungen der Gesundheitsversorgung oder von Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten an, von denen die gesamte Region profitiert.

Für mehr Generationengerechtigkeit sorgen

- Grundsätzlich ist in der Finanzpolitik mehr Generationengerechtigkeit das Ziel. Der Haushalt muss deshalb sowohl den Ansprüchen aller Generationen gerecht werden und zugleich dafür sorgen, dass nicht übermäßig Kosten auf kommende Generationen verlagert werden.
- Bei den Investitionen wollen wir den Ausbau der Bildungseinrichtungen und der Kindertagesstätten fortsetzen. Frankfurt soll zur führenden Familienstadt in Deutschland werden. Dadurch schaffen wir gute Voraussetzungen für den Wettbewerb um junge Arbeitskräfte, der sich angesichts der demografischen Entwicklung bereits abzeichnet.
- Investitionen in die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind mit Blick auf die Generationengerechtigkeit ebenso erforderlich wie der Ausbau der Altenbetreuung, um allen Seniorinnen und Senioren einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Für die mittlere Generation, für Familien mit Kindern ebenso wie für Singles, wollen wir ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen, Wohnungen sowie sozialen, kulturellen und anderen Freizeitangeboten schaffen.

- Das umfassende soziale Netz, das die Stadt gemeinsam mit Kirchen, Vereinen, Stiftungen und anderen Trägern gespannt hat, werden wir erhalten und modernisieren. Die Zuschüsse sollen in Zusammenarbeit mit den Trägern an die veränderten Anforderungen angepasst werden. Neue Aufgaben müssen durch Umschichtung von Mitteln finanziert werden. Deshalb sind die laufenden Ausgaben stetig daraufhin zu überprüfen, ob sie noch ihren eigentlichen Zweck erfüllen. Dies sind wir auch den Steuerzahlern schuldig.

Daseinsvorsorge in kommunaler Hand sichern

- Wir bekennen uns klar zur Daseinsvorsorge in kommunaler Hand. Die jüngste Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Die kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main haben sich erfolgreich behauptet. Auch künftig können sich die Menschen darauf verlassen, dass sie zu vertretbaren Preisen mit Strom, Wasser und Gas versorgt werden. Ebenso sichern wir die Müllentsorgung und den öffentlichen Nahverkehr.
- Durch die rechtzeitige Sanierung von Straßen und Gebäuden wollen wir Wertverluste vermeiden und zugleich die Attraktivität des Standorts erhalten. Dabei sind auch Partnerschaften zwischen Stadt und privatwirtschaftlichen Gesellschaften (ÖPP – Öffentlich-Private Partnerschaft) eine Alternative.

Bürgerbeteiligung ausbauen

- In der Haushaltspolitik wollen wir die Bürgerbeteiligung weiter ausbauen. Die Budgets für die Ortsbeiräte haben sich bewährt. Auch für andere städtische Einrichtungen, zum Beispiel Schulbüchereien, bietet sich die Einführung von Budgets an, über deren Verwendung die Institutionen selbst entscheiden können.
- Ein wichtiges neues Instrument wird der Bürgerhaushalt. Die Frankfurterinnen und Frankfurter können künftig bei sämtlichen Ausgaben mitreden. Wünschenswert sind dabei auch Einsparvorschläge.

Verwaltung weiter modernisieren

- In der Stadtverwaltung sollen die über Internet verfügbaren Dienstleistungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger weiter ausgebaut werden. „Daten sollen laufen, nicht Bürger.“
- Das Verwaltungshandeln soll sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Unternehmen orientieren. Die neue einheitliche Behördenrufnummer 115 hat sich bewährt. Kontakte wie bei den „Tagen der offenen Tür“ sollen intensiviert werden.
- Ziel ist eine schlanke und effektive Verwaltung zur Minimierung bürokratischer Belastungen.
- Die hohen Ausbildungsquoten bei der Stadt Frankfurt sollen beibehalten und das Trainee-Programm fortgesetzt werden. Ebenso sollen hochqualitative und umfassende Fortbildungsmöglichkeiten angeboten werden.
- Verstärkt gefördert werden soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die städtischen Beschäftigten.

1.2 Wirtschaft

WIR STÄRKEN DURCH DEN FLUGHAFENAUSBAU DEN STANDORT FRANKFURT

Eines der wichtigsten Projekte für die Region ist der laufende Ausbau des Flughafens Frankfurt RheinMain. Dieser stärkt den Standort Frankfurt, dessen Unternehmen und Arbeitsplätze. Eine weitere wichtige Weichenstellung für die Zukunft ist der Neubau der Europäischen Zentralbank (EZB) im Ostend, der mit einer immensen städtebaulichen Aufwertung des Stadtteils verbunden ist. Auch künftig sind die wichtigsten Ziele unserer Wirtschaftspolitik die Sicherung und Stärkung des Standorts sowie Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Um die Vielfältigkeit zu sichern, sollen Unternehmen aus möglichst vielen Wirtschaftszweigen angesiedelt werden. Die dafür erforderliche Attraktivität des Standorts wird durch Sanierung und Ausbau der Infrastruktur gewährleistet. Außerdem soll die Wirtschaftsförderung intensiviert werden.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Neue Unternehmen wie CD Schenker, Condor und Fujitsu konnten am Standort Frankfurt angesiedelt und dadurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Durch das House of Logistics (HOLM) in Gateway Gardens werden Frankfurt und die Region zu einem weltweit führenden Kompetenzzentrum Logistik entwickelt.

- Für Unternehmensgründer und die Kreativwirtschaft sind neue Fördermaßnahmen eingeführt worden. Die Wirtschaftsförderung orientiert sich zudem stärker an der Bestandspflege.
- Durch die Neugestaltung der Zeil wird die Attraktivität Frankfurts als Einkaufsstadt gesteigert.
- Weiter ausgebaut wurde die Tourismusförderung, die einen wichtigen Wirtschafts- und Imagefaktor darstellt.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Die Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessern

- Wir wollen den Gewerbesteuer-Hebesatz stetig überprüfen. Falls es der finanzielle Rahmen zulässt, soll der Hebesatz weiter reduziert werden.
- Wir wollen die digitale Infrastruktur am Internetknotenpunkt Frankfurt weiter ausbauen.
- Wir wollen kleine und mittelständische Firmen in den Stadtteilen fördern.
- Wir wollen die Förderung von Existenzgründern weiter verbessern.
- Bau- und gewerbliche Genehmigungen sollen schneller als bisher erteilt werden.
- Die Airport-City (z.B. Gateway Gardens) soll zu einem europäischen Zentrum ausgebaut werden, um damit die Hub-Funktion des Flughafens zu stärken.

Zukunftsträchtige Branchen fördern

- Wir wollen die Kreativwirtschaft durch Festivals, Preisverleihungen und Ausstellungen weiter intensiv unterstützen. Angestrebt wird die Gründung eines Frankfurter Hauses für Medien und Kommunikation (als Pendant zu House of Finance und HOLM).
- Wir wollen einen Kreativ-Campus unter Einbeziehung der Hochschule für Gestaltung in Offenbach.
- Die Studienangebote in den Bereichen Werbung, Marketing und Kommunikation sollen ausgebaut werden, zum Beispiel durch einen Schwerpunkt von Kreativstudiengängen mit Goethe-Universität, Hochschule für Gestaltung, Staatliche Hochschule für bildende Kunst (Städel-Schule), Hochschule für Musik und darstellende Kunst.
- Wir wollen die Biotechnologie als Zukunftsbranche fördern. Dazu gehören der Ausbau des FIZ (Frankfurter Informationszentrum Biotechnologie), die Gründung eines Biotechnologie-Forschungszentrums für die forschende Industrie und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Partnerstädten, unter anderem mit Lyon (Lyonbiopôle).

Frankfurt als Hauptstadt des Passivhauses stärken

- Wir wollen Frankfurts Ruf als „Hauptstadt des Passivhausstandards“ nutzen, um Unternehmen, die entsprechende Produkte anbieten, in Frankfurt anzusiedeln. Außerdem sollen ein „Frankfurter Nachhaltigkeitspreis“ verliehen und ein Frankfurter „Haus der Nachhaltigkeit!“ gegründet werden.

Den Einzelhandel in den Stadtteilen unterstützen

- Um den Einzelhandel zu stärken, wird die städtische Wirtschafts- und Planungspolitik Schwerpunkte setzen. Dazu gehört auch die gezielte Förderung von kleinteiligem, spezialisiertem Einzelhandel in den Nebenstraßen der Innenstadt, in der neu erstellten Altstadt, in der Kleinmarkthalle und in den Stadtteilen. Wichtig ist, die Nebenstraßen zu den innerstädtischen Haupteinkaufszonen stadtplanerisch so aufzuwerten, dass zusätzliche Ladenflächen zu annehmbaren Mietzinsen entstehen.
- Für Kunden soll eine ausreichende Zahl von Parkplätzen bereitgestellt werden. Quartiersgaragen in der Nähe von Einkaufsstraßen können teilweise für Kunden geöffnet werden.
- Die für die Bevölkerung wichtige Nahversorgung in den Stadtteilen soll mit Mitteln der Wirtschaftsförderung und des Planungsrechts unterstützt werden. Straßenbauamt und Wirtschaftsdezernat sollen ihre Baumaßnahmen intensiver abstimmen, um Beeinträchtigungen des örtlichen Einzelhandels möglichst gering zu halten.
- Wir wollen Wirtschaftstage in den Stadtteilen durchführen sowie Gewerbeschauen und Handwerkermessen unterstützen, bei denen sich örtliche Gewerbetreibende präsentieren können.

Für den Standort werben

- Wir wollen die Zusammenarbeit von Tourismus und Wirtschaftsförderung intensivieren. Dazu sollen die Marketingkonzepte von Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, FrankfurtRheinMain GmbH, Tourismus + Congress GmbH und Presseamt vereinheitlicht werden.
- Wir wollen die Werbung für den Standort Frankfurt weiter verbessern, unter anderem durch bessere Werbung auch in anderen Städten und Gemeinden.
- Die Chancen, Frankfurt durch seine Volksfeste (Dippemess, Wäldchestag, Mainfest, Weihnachtsmarkt) zu profilieren, sollen noch intensiver genutzt werden.
- Auch publikumswirksame Ausstellungen wie „Botticelli“ oder die „Kaisermacher“ müssen weiter als Tourismusmagnet dienen.

Die Messe weiter ausbauen

- Die erfolgreiche Unternehmenspolitik der Messegesellschaft soll fortgesetzt werden, um den Messeplatz Frankfurt zu erhalten und auszubauen.
- Angesichts der Wertschöpfung der Messe für Frankfurt müssen die Anteile an der Messegesellschaft in öffentlicher Hand bleiben.

Mit den Kammern kooperieren

- Wir wollen die Kooperation mit der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer (IHK) intensivieren und ihr Sachwissen für die Entwicklung der Stadt und der Region noch stärker nutzen.

Kindergärten in den Betrieben fördern

- Durch die Förderung von Betriebskindergärten wollen wir im Interesse der Wirtschaft die Stadt für qualifizierte Beschäftigte mit Familie attraktiv machen.
- In leer stehenden Gewerbeflächen sollen unbürokratisch Räume für Kindergärten ermöglicht werden.

1.3 Soziales

WIR WOLLEN DIE HOHEN SOZIALEN STANDARDS ERHALTEN

Trotz der Finanzkrise haben wir das Niveau des Sozialerats gehalten. Die hohen sozialen Standards wollen wir auch künftig erhalten. Städtische Projekte müssen weiterentwickelt und an die Bedürfnisse und Herausforderungen der wachsenden Stadt angepasst werden. Eine etwaig notwendige Umschichtung von Mitteln setzt voraus, dass die laufenden Projekte auf ihre Erforderlichkeit und auf mögliche Synergieeffekte überprüft werden.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Wir haben das Programm „Frühe Hilfen“ eingeführt. Familienhebammen sollen frühzeitig Probleme in Familien mit Kleinkindern erkennen und Hilfe anbieten.
- Das Schüleressen für einkommensschwache Familien wird mit jährlich rund 1,9 Millionen Euro bezuschusst.
- Für den pädagogischen Mittagstisch in Kinder- und Jugendhäusern bzw. Sportvereinen stellt das Sozialdezernat jährlich 400.000 Euro zusätzlich zur Verfügung.
- Für Vereinsmitgliedsbeiträge bedürftiger Kinder stehen 150.000 Euro im Etat bereit.

- Der Eintrittspreis in Museen wurde für Schülerinnen und Schüler auf drei Euro reduziert, der Besuch an einem Samstag im Monat ist für alle Besucher kostenlos. Für Kinder unter 6 Jahren ist der Eintritt in Museen generell frei.
- Die Zuschüsse an den Frankfurter Jugendring wurden erhöht.
- In vielen Stadtteilen sind Kinder- und Jugendhäuser saniert oder neu gebaut worden.
- In der Politik für die ältere Generation wurden zahlreiche Initiativen vorgebracht (z. B. Hol- und Bringdienste, seniorengerechte Geschäfte). In Seniorenforen und bei der Aktionswoche „Älter werden in Frankfurt“ wurden die älteren Bürgerinnen und Bürger in die Planungen einbezogen.
- Wir haben in Frankfurt drei Smart-Märkte eingerichtet, die einerseits die Nahversorgung sicherstellen, andererseits aber auch der Beschäftigung von Arbeitslosen nützen.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Qualität der Projekte sichern

- Kontrollgruppen oder fachübergreifende Gremien sollen künftig die Ergebnisqualität und die Wirksamkeit öffentlich geförderter Projekte und Initiativen messen.
- Wir wollen den Wettbewerb der Anbieter fördern und Projekte auch ausschreiben.

Hilfen weiter ausbauen

- Die CDU Frankfurt will die Kinder- und Jugendhilfe weiter verbessern.
- Die Arbeit der „frühen Hilfen“ wollen wir ausbauen.
- Das gute Angebot an Freizeiten und Ferienspielen wird erhalten.
- Bei der Ganztagsbetreuung, bei den Hausaufgaben und beim Mittagstisch soll die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Vereinen ausgebaut werden.

Günstigere Fahrpreise ermöglichen

- Wir werden die Fahrpreise im ÖPNV für Kinder und Jugendliche senken.

Die Stadt barrierefrei gestalten

- Das Ziel der barrierefreien Stadt beim Wohnungsbau, Bau von öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Nahverkehr wird durch zahlreiche Maßnahmen weiter verfolgt, z.B. bei der Sanierung der Heinrich-Lübke-Siedlung als Modellprojekt Hochbahnsteige für die U5.
- Die Teilhabe behinderter Menschen am täglichen Leben in der Stadt soll weiter verbessert werden. Ziel ist die Umsetzung der Barcelona-Richtlinie, die behindertengerechte Standards festlegt.

Ambulante Versorgung soll Vorrang haben

- In der Seniorenpolitik soll weiter die ambulante Versorgung Vorrang vor der stationären Versorgung haben. Diesem Ziel dienen Programme wie „Wohnen zu Hause“ und zur ambulanten Pflege, außerdem hauswirtschaftliche Dienste sowie Hol- und Bringdienste. Ferner sollen mehr teilstationäre Pflegeplätze angeboten werden.
- Wir wollen neue Wohnformen und mehr Begegnungszentren für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen schaffen, damit diese im gewohnten Wohnumfeld bleiben können.

Gute Nahversorgung sicherstellen

- Wir wollen eine gute Nahversorgung für die ältere Bevölkerung. Deshalb werden seniorengerechte Geschäfte mit Hol- und Bringdiensten besonders ausgezeichnet.
- Es wird angestrebt, weitere Smartmärkte in Stadtteilen einzurichten, wo die Nahversorgung nicht gewährleistet ist.

Arbeitslose unterstützen

- Langzeitarbeitslosen wollen wir mit verschiedenen Programmen helfen. Dazu zählen Initiativen wie „U 25“ für junge Erwerbslose und die Förderung nachträglicher Schulabschlüsse.
- Alle ausbildungsfähigen Jugendlichen und Heranwachsenden sollen ein Ausbildungsangebot erhalten.
- Das Jugendjobcenter wird in den Bemühungen unterstützt, mehr junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Obdachlose brauchen weiter Hilfe

- Die Stadt wird weiterhin umfangreiche Hilfen für Wohnsitzlose anbieten. Dafür stehen jährlich zehn Millionen Euro zur Verfügung.
- Die Notübernachtungsstätte im Ostpark wird durch eine sich in das grüne Umfeld einfügende Holzbauweise neu errichtet; die Wohncontainer werden entfernt.

1.4 Gesundheit

WIR WOLLEN EINE VERSORGUNG AUF HOHEM NIVEAU

Die CDU Frankfurt will in der Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger eine sehr gute Qualität sicherstellen. Ein weiterer Schritt dazu ist der Neubau der Städtischen Kliniken Höchst. In der Drogenpolitik ist es gegen heftige Widerstände gelungen, das Modellprojekt der Heroinambulanz dauerhaft zu sichern. Ein wichtiges Projekt in den nächsten Jahren wird sein, die Gesundheitsvorsorge weiter auszubauen. Dies gilt sowohl für die vielfältigen Formen der Suchtprävention als auch für den Ausbau der Ernährungsberatung in den Kindergärten und Schulen.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Die Städtischen Kliniken Höchst sind in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt und der Neubau der Kliniken auf den Weg gebracht worden.
- In der Drogenpolitik ist es gelungen, das Modellprojekt der Heroinambulanz zu einer Regeleinrichtungen zu machen, die von den Krankenkassen mit finanziert wird.
- Beispielhaft erarbeitete die Stadt einen kommunalen Influenza-Pandemieplan, so dass Frankfurt für künftige Krisensituationen gewappnet ist.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Klinik von höchster Qualität schaffen

- Die Kliniken Höchst sollen zu einem weiteren Krankenhaus mit höchster Versorgungsqualität werden.
- Die medizinischen Versorgungszentren werden gezielt gefördert.

Die Prävention stärken

- Das Amt für Gesundheit soll weiter gestärkt werden.
- Aufklärung und Prävention bei Aids sind unverändert wichtig, da die Zahl der Ansteckungen wieder zunimmt.
- In Fragen der Ernährung und Pflege von Kindern soll die Elternkompetenz gestärkt werden.
- Wir wollen Programme gegen Übergewicht bei Kindern entwickeln und Hilfen für hyperaktive Kinder anbieten.

Altenpflege an den Bedürfnissen orientieren

- Die Altenpflegeheime sollen noch stärker auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet werden. Hierzu ist ein Pflegebedarfsplan der Stadt Frankfurt am Main aufzustellen, um den zukünftig erwarteten Bedarf an Pflegeplätzen in Alten- und Pflegeheimen sicherzustellen und um Überkapazitäten zu vermeiden. Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten die Stadt Frankfurt am Main hat, dem bereits eingetretenen deutlichen Mangel an ausgebildetem Pflegepersonal entgegen zu wirken. So sollten vor allem mit dem Land Hessen Verhandlungen darüber aufgenommen werden, die vom Land bisher genehmigten und seit

langem nicht angepassten Ausbildungsplatzzahlen für Pfleger/innen und Pflegehelfer/innen in Frankfurt am Main bedarfsgerecht zu erhöhen. Die Einführung von Heimärzten ist in Abstimmung mit den Krankenkassen zu prüfen und nach Möglichkeit zügig umzusetzen. Dabei ist die freie Arztwahl weiterhin zu gewährleisten. Der Medikamenteneinsatz in der Altenpflege ist kritisch zu überprüfen und zu reduzieren, insbesondere bei Psychopharmaka und Beruhigungsmitteln, und es ist dazu auch der Einsatz alternativer Therapien zu prüfen.

Neues Konzept für die Suchtpolitik erarbeiten

- Die Drogenpolitik soll von der Suchtpolitik getrennt werden. Wir wollen ein eigenes Konzept für die Suchtpolitik, das alle Bevölkerungsschichten umfasst. Dieses soll sich nicht nur auf junge Menschen beschränken. Denn Alkohol- und Medikamentenmissbrauch, Spiel- und Kaufsucht betreffen Menschen aller Generationen und Schichten.

2.1 Familien

WIR WOLLEN FRANKFURT ZUR FAMILIENSTADT AUSBAUEN

Die Familie ist weiterhin die attraktivste Lebensform. Mehr als 80 Prozent aller jungen Menschen wünschen sich, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen. Gelingende Familie bedeutet jede Menge Lebensglück für Eltern wie Kinder und ist darüber hinaus eine Quelle von Mitmenschlichkeit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir Familien stärken und richten unsere kommunale Familienpolitik auf die Rahmenbedingungen aus, die notwendig sind, um Familien ein Leben nach ihren jeweiligen Vorstellungen zu ermöglichen. Zugleich orientieren sich qualifizierte Arbeitskräfte bei der Entscheidung für ihren Arbeits- und Wohnort zunehmend daran, wo sie ihre familiären und beruflichen Belange am besten verbinden können.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Das Zukunftskonzept Familienbildung und Familienzentren, das auch besser finanziell ausgestattet wurde, wird umgesetzt.
- Die Beratungsangebote für die verschiedensten Lebenslagen wurden ausgebaut.

- Die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder ist massiv ausgebaut worden. Allein im Jahr 2009 wurden 636 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren, 372 neue Kindergartenplätze und 156 neue Hortplätze geschaffen.
- Die Elternentgelte wurden reduziert und das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr eingeführt.
- Die Familienbildung wurde ausgebaut.
- An allen 77 Grundschulen sind Frühbetreuungsangebote eingerichtet worden, deren Öffnungszeiten mit den Horten abgestimmt sind.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Dafür sorgen, dass ausreichend Wohnraum bezahlbar bleibt

- Die Stadt Frankfurt wächst weiter und soll sowohl für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Senioren, die zunehmend aus dem Umland in die Großstadt zurückziehen, ein attraktiver Wohnort bleiben. Deshalb wollen wir, z.B. durch Ausweisen zusätzlicher Neubauf Flächen, der Wohnraumknappheit begegnen und auch weiterhin gezielt Wohnbaufördermittel anbieten. Gefördert werden auch Programme zur senioren-gerechten Umgestaltung von Wohnungen und zur Barrierefreiheit.

Für maßvolle Elternbeiträge sorgen

- Für Familien in schwierigen finanziellen Verhältnissen wird es weiter Zuschüsse geben. Generell will die CDU die maßvollen Elternbeiträge für die Krippen und Kindergärten beibehalten.

Vorbildliche Familienzentren einrichten

- Frankfurt soll zum Vorreiter für Familienzentren werden. Ziel ist die räumliche und fachliche Bündelung von Angeboten der Beratung, Betreuung und Bildung in Angelegenheiten der Familien. Die Familienzentren sollen an Kitas angebunden werden. Trägerschaft und Betrieb sollen ausgeschrieben und regelmäßig begutachtet werden.
- Eine wichtige Aufgabe bleibt auch die Familienbildung.

2.2 Kinder

WIR WOLLEN GUTE BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE KINDER

Die CDU will den Kindern in unserer Stadt möglichst optimale Bildungs- und Lebensbedingungen bieten. Ein wichtiger Beitrag ist dabei der Ausbau der Krippen- und Kita-Plätze. Besondere Aufmerksamkeit muss aber auch der Qualität der Kinderbetreuung gelten. Mit der Umsetzung des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans von 0-10 Jahren und durch die Sprachförderung für Kinder mit Defiziten in Deutsch sind bereits beträchtliche Verbesserungen erreicht worden, die wir konsequent weiter vorantreiben wollen, z.B. auf dem Gebiet der Schulvorbereitung im Kindergarten. Bei der Sprachförderung und der Schulvorbereitung sind ebenfalls beträchtliche Verbesserungen erreicht worden. Gleichzeitig wollen wir aber zunehmend auch die Eltern in die Pflicht nehmen, dafür zu sorgen, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Die Zahl der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige in den Horten und in den Kindergärten ist ständig erhöht worden.
- Das Elternentgelt für Betreuungsplätze wurde reduziert und das kostenlose letzte Kindergartenjahr eingeführt.

- In den Kindergärten sieht der Stellenplan zwei statt anderthalb Stellen pro Gruppe vor. Damit haben wir die Voraussetzungen für individuelle Förderung und frühkindliche Bildung spürbar verbessert.
- Die Frühbetreuung und die Über-Mittag-Betreuung sind ausgebaut worden.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

- Kinder dürfen nicht vernachlässigt werden. Ein Schwerpunkt der städtischen Hilfen muss weiterhin bei frühen Hilfen und bei der Unterstützung von Familien in schwierigen Situationen liegen. Der seelischen und körperlichen Vernachlässigung von Kindern muss durch entsprechende Beratung und Hilfen begegnet werden. Der Prävention im Hinblick auf sexuellen Missbrauch von Kindern in Einrichtungen wollen wir im Verbund mit Bund und Land verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Das Betreuungsangebot weiter ausbauen

- Die CDU steht für den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze in Kindergärten und Kinderkrippen.
- Flexiblere Öffnungszeiten sind anzustreben. Ebenso ein möglichst flexibles und wohnortnahes Betreuungsangebot für Kinder über und unter drei Jahren.
- Mini-Kitas sollen zugelassen werden. Mehrere Tagesmütter sollen sich zusammenschließen und Kinder auch außerhalb ihrer eigenen Wohnung betreuen dürfen.

- Hortangebote von Vereinen, Kirchengemeinden und freien Trägern werden unterstützt.
- Eine städtische Clearingstelle für Kinderbetreuungsplätze (Tageseinrichtungen und Tagespflege) soll als Dienstleister für Eltern und als Planungsinstanz für die Träger den tatsächlichen Bedarf ermitteln, freie Plätze vermitteln und helfen, das Angebot auf die Nachfrage auszurichten.

2.3 Jugend

WIR WOLLEN, DASS JUNGE MENSCHEN GUTE PERSPEKTIVEN HABEN

Die CDU will die Rahmenbedingungen dafür sicherstellen, dass Jugendliche in der Arbeitswelt und in der Stadtgesellschaft einen Platz finden können, der ihnen Perspektiven bietet. Junge Menschen sollen mit ihren Anliegen Gehör finden, zugleich aber auch mit ihren Pflichten konfrontiert werden. Insbesondere stadtteilbezogen sind weitere Initiativen für junge Menschen wünschenswert.

Die Direktwahl der Stadtschulsprecher ist eine Möglichkeit, die Jugendlichen frühzeitig an demokratische Prozesse heranzuführen.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Zahlreiche Kinderhäuser, Jugendhäuser und Jugendzentren sind saniert oder neu gebaut worden, unter anderem in Nied, am Frankfurter Bogen, in Griesheim, Niederrad, Ginnheim, Kalbach, Fechenheim, Bornheim, Hausen und Goldstein.
- In Eschersheim wurde das Projekt „Aufsuchende Jugendarbeit“ begonnen.
- Die Zuschüsse für den Frankfurter Jugendring wurden erhöht.
- Der pädagogische Mittagstisch mit Hausaufgabenbetreuung ist bei Sportvereinen und Jugendeinrichtungen eingeführt worden.
- Nach den Mädchen- wurden auch Jungen-Förderrichtlinien erarbeitet.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Jugendarbeit in den Sportvereinen fördern

- Die städtische Förderung der Jugendarbeit soll stärker auf die Sportvereine ausgerichtet werden. Die Sportangebote und Sportstätten sollen entsprechend verbessert werden.

Begegnungszentren schaffen

- In den Wohnsiedlungen sollen niedrigschwellige Begegnungszentren für Jugendliche geschaffen werden, um eine „Ghettoisierung“ zu vermeiden.

Junge Menschen für die Kultur interessieren

- Für Kinder und Jugendliche soll es mehr spezifische kulturelle Angebote geben.

Angebote miteinander vernetzen

- Nachdrücklich unterstützt wird eine bessere Vernetzung von Schule, Jugendhilfe, Kirchengemeinden, freien Trägern, Vereinen und Stiftungen.

2.4 Frauen

WIR WOLLEN WAHLFREIHEIT ZWISCHEN DEN LEBENSENTWÜRFEN

Die Frankfurter CDU will Rahmenbedingungen schaffen, die es Frauen ermöglichen, ihr Berufs- und Privatleben nach ihren jeweils eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dazu zählen bessere Bedingungen für den beruflichen Aufstieg und größere Flexibilität für familiäre Belange am Arbeitsplatz. Dazu zählen auch Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, familiengerechter und bezahlbarer Wohnraum ebenso wie Sicherheit im öffentlichen Raum und Schutz vor häuslicher Gewalt.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind verbessert worden, insbesondere durch den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, Ganztagschulen und Mittagstischen und pädagogische Mittagsbetreuung an Schulen.
- Der Frauenförderplan der Stadt wurde weiter umgesetzt. Mittlerweile ist es selbstverständlich, dass immer mehr Frauen Führungspositionen bekleiden.
- Dem Gewaltopfer-Schutzgesetz gegen häusliche Gewalt wurde mit konkreten Projekten entsprochen. Sowohl die Angebote in Frauenhäusern als auch die individuellen Hilfen wurden ausgebaut.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Bedingungen für Frauen verbessern

- Wir wollen eine Frauenpolitik, die die Bedingungen so verbessert, dass Frauen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Die Eltern sollen frei wählen können, wer für den Familienunterhalt sorgt und wer sich um die Kindererziehung kümmert.

Freiwillige Frauenquote unterstützen

- Wir unterstützen Unternehmen, die freiwillig eine Frauenquote für gehobene Positionen einführen, lehnen aber eine gesetzliche Frauenquote für gehobene Positionen in Betrieben ab.
- Die CDU unterstützt den "Equal Pay Day", der mit zahlreichen Veranstaltungen auf ungleiche Bezahlungen von Frauen und Männern hinweist.
- Wir unterstützen auch den Internationalen Frauentag am 8. März, lehnen die Einführung eines Feiertags aus diesem Anlass aber ab.

Betreuungsangebote weiter ausbauen

- Wir stehen für den Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder bis zehn Jahren, auch durch mehr Tageseltern.
- Die Betreuung an den Schulen (Verlässliche Grundschule, Ganztagsmodelle) soll weiter ausgebaut werden.
- Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Betreuungs- und Versorgungsangebote muss sichergestellt werden.

- Wir wollen mehr Betriebskindergärten, weil sie eine flexible, arbeitsplatznahe, ganzjährige und qualitativ vorbildliche Betreuung bieten.

Häusliche Gewalt verhindern

- Die CDU fördert den Ausbau von Plätzen in Frauenhäusern, in denen Frauen in Notsituationen mit ihren Kindern eine Unterkunft finden.
- Wir unterstützen die Kampagne „Gewalt ist nie privat“.

2.5 Senioren

WIR SETZEN AUF DIE ERFAHRUNG DER SENIOREN

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft werden immer spürbarer. In absehbarer Zeit wird jeder dritte Deutsche älter als 60 Jahre sein. Spätestens dann wird diese Generation mit ihrer reichen Erfahrung und ihrer Bereitschaft, sich in das gesellschaftliche Leben einzubringen, immer wertvoller werden. Das Engagement der älteren Generation ist für unsere Stadt wichtig und erwünscht. Gerade die Senioren können der jungen Generation Erfahrungswissen vermitteln, Halt und Orientierung geben. Sie vermitteln Kontinuität, soziale Geborgenheit und Sicherheit.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

Der Aktionsplan für mehr Barrierefreiheit wurde fortgeschrieben. Die Auszeichnung „Seniorenrechte Geschäfte“ wurde eingeführt. Das Altenzentrum St. Josef in Niederrad, das Senioren aus den Mittelmeerländern aufnehmen soll, wurde gebaut. Daneben gibt es viele interkulturelle Initiativen, z. B. die Tagesbetreuung des Frankfurter Verbands in Griesheim und die Rentenberatung in den verschiedensten Sprachen im Versicherungsamt. Wir haben im Seniorenratshaus in der Hansaallee die „Leitstelle Älterwerden“ eingerichtet, die Wohnraumberatung und Finanzierungshilfen für altengerechte Umbauten anbietet.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Neue Formen des Wohnens ermöglichen

- Das betreute Wohnen für Senioren wird weiter gefördert.
- Es sollen neue Wohnformen und Begegnungszentren für Senioren in den Stadtteilen entstehen, damit diese im gewohnten Wohnumfeld bleiben können.
- Wir favorisieren Wohnformen, die über verwandtschaftliche Verhältnisse hinaus Formen des Zusammenlebens der Generationen fördern.
- Seniorengerechte Umbauten sollen erleichtert werden.

Einkaufsmöglichkeiten für die ältere Generation fördern

- Wir unterstützen ortsnahe Einkaufsmöglichkeiten und -angebote, die den Bedürfnissen alter Menschen entsprechen.

Beratung für Umbauten anbieten

- Die Stadt soll eine Umbauberatung für ältere Menschen anbieten, die in ihren gewohnten „Vier-Wänden“ wohnen bleiben wollen.

Quartiere mit kurzen Wegen schaffen

- Wir streben städtische Quartiere an, die gekennzeichnet sind durch kurze Wege, klare Orientierungen, gemischte Nutzungen sowie barrierefreie Zugänge ins städtische Leben für Geh- und Sehbehinderte.

Neue Wohnformen für Senioren fördern

- Die CDU will die verschiedenen Arten des gemeinschaftlichen Wohnens fördern, zum Beispiel die Mehrgenerationenhäuser.
- Wir wollen das Zusammenwohnen älterer Menschen oder das Wohnen im Freundesverbund erleichtern, damit Senioren möglichst lange ein selbst bestimmtes Leben führen können.
- Der nachträgliche Einbau eines Aufzugs in Gebäude zur Sicherstellung der Barrierefreiheit soll gefördert werden.
- Die CDU setzt sich dafür ein, dass vermehrt senioren- und behindergerechte Neubauten entstehen, die für ältere Menschen und Behinderte geeignet sind, bestehende Wohnung für diesen Personenkreis bedarfsgerecht umgebaut werden, und dass grundsätzlich auf eine möglichst barrierefreie Bauausführung geachtet wird.
- In die Stadtquartiere integrierte professionelle Wohnangebote für Senioren mit Tag- und Nachtpräsenz sollen auch Dienstleistungen in der Nachbarschaft erbringen.
- Wir wollen dichte Netze ambulanter Versorgung und stationäre Pflegeangebote in den jeweiligen Stadtteilen, die für Menschen mit vermehrter Hilfsbedürftigkeit bereitstehen.

2.6 Bildung

WIR WOLLEN EIN BREITES BILDUNGSANGEBOT ERHALTEN

Die CDU steht für den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau des breit gefächerten Bildungsangebots in Frankfurt am Main, damit für jeden Schüler und jede Schülerin die passende Schule gefunden werden kann. Der Vielfalt der Begabungen wird ein vielfältiges Bildungsangebot am besten gerecht, das offen und durchlässig gestaltet ist. Dazu wollen wir den Schulerfolg verschiedener Bildungsgänge an Frankfurter Schulen erheben und transparent machen und die vielfältigen Wege zu Bildungs-, Ausbildungs- und beruflichem Erfolg im differenzierten Bildungssystem herausstellen. Öffentliche und private Schulen sollen ebenso wie unterschiedliche Schulformen, von der Haupt- über die Realschule bis hin zum Gymnasium, von der Integrierten oder Kooperativen Gesamtschule bis zu den Beruflichen Schulen gleichberechtigt nebeneinander existieren können. Insbesondere wollen wir zeigen, dass es auch diesseits des Abiturs anspruchsvolle und erfolgversprechende Bildungswege gibt. Wir wollen Schülern mit praktischen Begabungen überall in erreichbarer Nähe ein durch hohe Praxisorientierung besonders motivierendes Bildungsangebot machen. Hand in Hand mit dem für Unterricht und Lehrpersonal zuständigen Land Hessen werden wir die Frankfurter Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgängen stärker praxis- bzw. berufsorientiert gestalten – ob in Form der neuen Mittelstufenschule oder in anderer Form, in jedem Fall aber durch intensive

Kooperation mit Betrieben und berufsbildenden Schulen. Die Hauptschulen sowie auch alle anderen Schulformen werden in ihrer Arbeit mit dem Ziel unterstützt, möglichst alle Schülerinnen und Schüler zu einem qualifizierten Abschluss zu führen, der ihnen eine erfolgreiche Ausbildung ermöglicht. Eltern sollen die Möglichkeit haben, einen den Neigungen und Fähigkeiten ihrer Kinder entsprechenden Bildungsgang auszuwählen. Wir wollen, dass leistungsschwache Kinder gefördert werden, aber auch die individuelle Förderung der mittleren und leistungsstarken Schüler nicht vernachlässigt wird. In allen Bereichen wollen wir intensiv mit den Eltern zusammenarbeiten, denn sie können den Entwicklungsstand ihrer Kinder in der Regel am besten einschätzen und sind mit ihrem Einfluss meist prägend für deren Bildungsbiografie.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Am Riedberg wird zum ersten Mal seit 100 Jahren wieder ein neues Gymnasium in Frankfurt gebaut.
- Vier Schulen wurden im Rahmen eines ÖPP-Projektes (Öffentlich-Private Partnerschaft) saniert bzw. neu gebaut.
- Der Neubau der Integrierten Gesamtschule (IGS) West ist auf den Weg gebracht worden.
- Der Ausbau der Ganztagschulen geht weiter voran.
- Seit 2006 wurden jedes Jahr zusätzliche 8 Millionen Euro in Schulsanierungen investiert.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Rahmenbedingungen für den Unterricht verbessern

- Die Bildung/Fortbildung der Lehrkräfte wird unterstützt.
- Es sollen Assistentenstellen zur Lehrrentlastung geschaffen werden.
- Die SchuBklassen sollten ausgebaut werden.

Sanierung der Schulen fortsetzen

- Wir werden die Schulsozialarbeit, die die Stadt Frankfurt an Hauptschulen leistet, auf die Realschulen ausdehnen, um auch Realschülern in sozialen Problemlagen helfen und ihren Schulerfolg sichern zu können.
- Wir wollen die Qualität der Bildung und das Lernumfeld durch konsequente Verbesserung der Schulausstattung und Schulbau-sanierung weiter steigern.
- Wir unterstützen das Projekt der selbständigen Schule, damit die einzelnen Schulen direkt im Rahmen ihres Schulbudgets auf anstehenden Bedarf reagieren können. Dabei dürfen bürokratische Vorgaben die Handhabung nicht unnötig erschweren.
- Die Sachausstattung der Schulen muss verbessert werden.
- Das Raumprogramm muss den Ganztagesbedarf und individuelle Förderung berücksichtigen.
- In Bezug auf räumliche und sächliche Ausstattung wird vergleichbarer Standard an allen Schulen angestrebt.
- Wir unterstützen die städtische Initiative für die IT-Ausstattung an Schulen.

Ganztägige Betreuung und Förderung ausbauen

- Ganztagschulplätze sollen in ausreichender Zahl zügig eingeführt werden.
- Wir wollen das Angebot für Hausaufgabenhilfen ausbauen.
- Die Früh- und Mittagsbetreuung mit entsprechender Versorgung ist auszuweiten und sicherzustellen.
- Im Interesse berufstätiger Eltern soll auf verlässliche Betreuungszeiten in den Schulen besonders geachtet werden.
- Wir wollen ein umfassendes und flexibles, auf die persönlichen Bedürfnisse der Eltern ausgerichtetes Betreuungsangebot.
- Das Wohl der Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen gleichberechtigt sein.
- Die CDU ist für die Förderung des Ausbaus von Betriebskindergärten und Tagespflegeplätzen, da diese nicht nur eine qualifizierte Rundumbetreuung in den Ferien, sondern auch wohnortnahe und flexiblere Betreuungszeiten anbieten können.
- An den Schulen sollen bei ganztägigen Schul- und Betreuungsangeboten verstärkt Kooperationsmöglichkeiten mit Kirchengemeinden, freien Trägern und Sportvereinen erprobt und genutzt werden. Mittagsverpflegung soll mit Hausaufgabenbetreuung und Sportangeboten kombiniert werden.
- Die Programme „Senior Experten Service“ (SES) und „Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen“ (VerA) müssen in Frankfurt systematisch ausgebaut werden, um den Erfolg der Berufsausbildung zu unterstützen. Die Ausweitung der Förderung auch auf andere Schulformen sollte gefördert werden.

Teilhabe für alle sicherstellen

- Wir wollen Kinder aus sozial schwachen Familien unterstützen, um deren Teilhabe an den Bildungsangeboten zu gewährleisten.
- Bei der Sprachförderung und Schulvorbereitung für Kinder bis sechs Jahren ist eine bessere fachliche Unterstützung erforderlich.

Internationalität Frankfurts nutzen

- Zur größtmöglichen Wahlfreiheit in der internationalsten Stadt Deutschlands gehört unabdingbar ein vielfältiges internationales Schulangebot, das zur Lebendigkeit des Stadtlebens beiträgt und die Beziehungen zwischen den verschiedenen „Communities“ in der Stadt stärkt. Wir wollen diese von uns lange gepflegte Vielfalt weiter ausbauen und insbesondere bilinguale Zweige, an denen Deutsche und Kinder aus anderen Herkunftsländern gleichermaßen teilnehmen, auch in Kindergärten und Grundschulen fördern.

Anerkennung für Schülertutoren

- Das Modell der Schülertutoren wird bereits an vielen Schulen erfolgreich praktiziert und soll auch künftig unterstützt und fortgeführt werden. Hierbei helfen geeignete ältere Schüler ihren jüngeren Mitschülern bei der Bewältigung des Schulalltags. Für diese ehrenamtliche Tätigkeit erhalten sie eine Anerkennung in Form eines Zeugnisvermerks oder einer Auszeichnung ihrer Schule.

2.7 Integration

WIR WOLLEN CHANCEN- GLEICHHEIT FÜR ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Menschen aus über 170 Nationen, die ganz unterschiedliche kulturelle Traditionen haben und etwa 150 verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, leben friedlich in unserer schon immer weltoffenen Stadt. Das ist das Ergebnis einer erfolgreichen Integrationspolitik, die vom gesamten Magistrat getragen wird. Mit dem neuen Integrationskonzept sind die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre festgelegt worden. Im Mittelpunkt unserer Integrationspolitik stehen die Sprachförderung sowie die Chancengleichheit in Bildung und Beruf - unabhängig von der individuellen Herkunft. Deshalb appellieren wir an die Zugewanderten, sich gemeinsam mit den Frankfurtern deutscher Herkunft für die Zukunft unserer Stadt zu engagieren. Anerkennung und Achtung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Rechts auf selbst bestimmtes Leben in religiösen Fragen und bei der Partnerwahl sind die Basis für ein gelingendes Zusammenleben.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

Ein neues Integrationskonzept, das die Aufgaben der kommenden Jahre beschreibt, ist verabschiedet worden. Im neuen Integrationskonzept hat die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehr-

heit die Aufgaben der kommenden Jahre festgelegt. In unseren 10 Thesen zur Integrationspolitik haben wir unsere Erwartungen an die Zugewanderten wie an die Einheimischen deutlich beschrieben. Mit Sprachprogrammen wie „Mama lernt Deutsch“ ist Frankfurt am Main bundesweit weiterhin Vorbild.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Unsere Rechtsordnung und ihre christlich-jüdischen Wurzeln respektieren

- Integration findet in Deutschland auf der Basis unserer Rechtsordnung, insbesondere des Grundgesetzes statt. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist von allen Bürgerinnen und Bürgern zu akzeptieren und zu respektieren. Die Vorgaben der Scharia stehen nicht über den Gesetzen unseres Landes. Ehrenmorde und Eheschließungen mit Minderjährigen sind nach deutschem Recht Straftaten und als solche zu ahnden.
- Uns Christdemokraten ist das christliche Verständnis vom Menschen die ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Dabei ist uns der Respekt vor den christlichen und jüdischen Wurzeln unserer Gesellschaft und ihrer Institutionen wichtige Voraussetzung für ein friedvolles Miteinander.
- Voraussetzung für ein Leben in Deutschland ist das Respektieren der deutschen Gesellschaft und deren von christlichen Grundwerten geprägten Tradition.

Mehr Integrationslotsen einsetzen

- Die zentralen Stellen zur Information und Beratung bei der Kinderbetreuung (Kinderbüro und Stadtschulamt) werden unterstützt und für ihre Arbeit bei den Familien geworben.
- Der Einsatz von Integrationslotsen wird befürwortet und nach erfolgreicher Pilotphase ausgebaut.

Sozialen Konflikten vorbeugen

- Das Zusammenleben von Migranten und Deutschen soll zur Vermeidung sozialer Brennpunkte durch gezielte Maßnahmen gefördert werden.
- Stadtteilbezogene Projekte und lokale Initiativen, die sich um Integration bemühen, sollen besser untereinander vernetzt und unterstützt werden.

Die Väter stärker einbeziehen

- Für geeignete schulische, sportliche und nachbarschaftliche Aktivitäten sollen verstärkt auch Väter gewonnen werden (Vorbildfunktion). Tendenzen, Kinder aus ideologischen oder religiösen Gründen von Bildung und Ausbildung fernzuhalten, muss entgegen gewirkt werden.

2.8 BÜRGERSCHAFT

WIR WOLLEN DAS ENGAGEMENT FÜR UNSERE STADT UNTERSTÜTZEN

Die Kultur des Bürgerengagements soll in unserer heutigen Stadtgesellschaft weiter gepflegt und gefördert werden. Bürgerinnen und Bürger sollen weiter animiert werden, durch die Mitgestaltung unserer demokratischen Gesellschaft einem egoistischen Anspruchsdenken, der „Ohne-mich“-Haltung, entgegenzuwirken. Besonders die Jugend soll motiviert werden, Verantwortung zu übernehmen.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Die Stadt Frankfurt anerkennt und fördert das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern durch verschiedene Auszeichnungen, Ehrungen und Vergünstigungen.
- Die Stadt Frankfurt hat durch das dichte Netz von Bürgergemeinschaftshäusern vielen Vereinen eine Heimstatt geschaffen.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Das Ehrenamt noch gezielter fördern

- Wir wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten die ehrenamtliche Tätigkeit in allen gemeinnützigen Bereichen fördern, z.B:

- im Sport durch eine gute Sportinfrastruktur und Vereinsförderung,
- im Bereich der Förderung von Menschen mit Behinderungen durch die konsequente Beseitigung aller Barrieren,
- im Kulturbereich durch den Bau von angemessenen Spielstätten, Museumsgebäuden oder Veranstaltungsgebäuden,
- im Bereich der Wissenschaft und Forschung durch Optimierung der Infrastruktur,
- in der Brauchtumpflege durch Beratung und organisatorische und finanzielle Unterstützung,
- im Sozialbereich durch die zuverlässige, nachhaltige finanzielle Förderung von Organisationen und Projekten sowie durch fachliche Beratung und Unterstützung,
- durch Schulung von Helfern in der Arbeit mit und für ältere Menschen, Freizeitangeboten und Serviceangebote der städtischen Wohnungsbaugesellschaften,
- in den Kirchen durch Anerkennung und Kooperation.
- Unterstützung von Vereinen und Institutionen zur Einrichtung von Ehrenamtsplätzen für Jugendliche.

Neue Anlaufstellen schaffen

- Weitere Initiativen zur Stärkung des Ehrenamtes sollen gefördert werden, z.B. in Form von Anlaufstellen in Fachämtern der Stadtverwaltung, um die ehrenamtlich Tätigen kompetent zu beraten, im Einzelfall organisatorisch unterstützen zu können und Kooperationen zu ermöglichen.

- Wir wollen ein Patenmodell schaffen, um interessierte Zuwanderer, die auf Dauer in Frankfurt bleiben wollen, in die Stadtgesellschaft zu integrieren.
- Der Stadtverband der Vereinsringe wird weiter gefördert.
- Durch die Beauftragung der ABG FRANKFURT HOLDING mit der Sanierung der Bürgergemeinschaftshäuser wird dieses unverzichtbare Infrastrukturangebot auf Dauer gesichert.

Engagement-Foren einrichten

- Die CDU setzt sich für eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Vernetzungsstellen in Frankfurt und der Region zu Engagement-Foren ein, um neuartige Formen der ehrenamtlichen Arbeit zu entwickeln, damit auch künftig die jeweiligen Notwendigkeiten rechtzeitig gesehen werden.
- Die für eine lebendige, demokratische Bürgergesellschaft unverzichtbare Arbeit der Stiftungen soll weiter gefördert werden und Kooperationen mit allen anderen im gemeinnützigen Bereich Tätigen angeregt werden.

Mehr öffentliche Anerkennung

- Die Vergabe der Ehrenamtskarte soll fortgeführt werden.
- Bürgerschaftliches Engagement soll durch öffentliche Ehrungen mehr Anerkennung erfahren.
- Wir wollen bürokratische Hemmnisse und steuerliche Belastungen abbauen, die ehrenamtliche Arbeit erschweren oder gar verhindern.

3.1 Verkehr

WIR WOLLEN ALLE VERKEHRSMITTEL MITEINANDER VERKNÜPFEN

Wir wollen die Mobilität durch Flexibilität und Verknüpfung aller Verkehrsmittel sichern – Auto, ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger. Auf kein Verkehrsmittel kann verzichtet werden. Die CDU steht für einen Öffentlichen Personennahverkehr mit Köpfchen: benutzerfreundlich – komfortabel – barrierefrei – einfach – schnell. Dabei wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr fördern, um ihn attraktiv für den freiwilligen Umstieg vom Pkw zu machen, ohne dabei eine autofeindliche Atmosphäre zu erzeugen. Wichtig ist auch gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr: Miteinander geht's besser!

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Der Sanierungsstau bei den Straßen wurde reduziert, u. a. durch Maßnahmen in der Sonnemannstraße, am Theatertunnel, in der Rat-Beil-Straße und in der östlichen Silostraße.
- Mit dem Bau des Riederwaldtunnels wurde begonnen.
- Das Parkhaus Goetheplatz wurde in Betrieb genommen.
- Die Stadtbahn zum Riedberg wurde gebaut und eröffnet.
- Der barrierefreie Zugang zu U5 sowie die Verlängerung der Linie zum S-Bahnanschluss „Frankfurter Berg“ wurden auf den Weg gebracht.

- Die Radwege sind ausgebaut und der Anteil des Radverkehrs ist von sechs auf 14 Prozent erhöht worden.
- Frankfurt gehört zu den Modellregionen für Elektromobilität.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Die Verkehrspolitik soll zur Mobilitätspolitik werden

- Frankfurt in seiner Funktion als Verkehrsknotenpunkt muss gestärkt werden.
- Zur Förderung eines umweltschonenden Individualverkehrs wollen wir im Stadtgebiet die erforderliche Infrastruktur für die Versorgung von Ressourcen schonenden Antrieben (Elektro, Gas) schaffen.
- Wir wollen mit Hochdruck Maßnahmen wie die Schaffung von Ladestationen im Straßenraum, um elektrisch betriebene Fahrzeuge aufzuladen, vorantreiben.
- Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Straßeninfrastruktur erhalten und durch intelligente Maßnahmen weiter verbessern.

Wir wollen einen attraktiven und preisgünstigen Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV)

- Die CDU will niedrigere RMV-Fahrpreise für Schüler und Auszubildende.
- Wir wollen einen kostenfreien ÖPNV auch für Oberstufenschüler und zwar ohne Beschränkung auf die nächstgelegene Schule.

- Die Tarifzonen für Pendler sollen im Rahmen einer Tarifreform des RMV optimiert werden. Gerechtere Übergänge an den Tarifgrenzen sind erforderlich.
- Qualität und Service der VGF sollen weiter verbessert werden. Im ÖPNV ist die generelle Barrierefreiheit sicherzustellen.
- Wir wollen mehr Sicherheitspersonal in Fahrzeugen und U-Bahnstationen. Dabei kann das Personal gleichzeitig Fahrkarten kontrollieren und so dem Schwarzfahren entgegenwirken.
- Wir sind für die Einführung des Elektronischen Fahrscheins, der einen einfacheren Zugang zum ÖPNV ermöglicht.
- Der Nahverkehrsplan wird fortgeschrieben, um den ÖPNV kundenfreundlich weiter auszubauen.
- Der innerstädtische ÖPNV, insbesondere die U- und S-Bahn sowie die Straßenbahnversorgung, soll stetig ausgebaut und leistungsfähiger gestaltet werden.
- Der Lückenschluss der Stadtbahn zwischen Ginnheim und Bockenheimener Warte ist mit hoher Priorität zu realisieren, wobei für eine optimale Trasse der Korridor zwischen Rosa-Luxemburg-Straße und Platenstraße zu untersuchen ist. Mit einer wesentlich besseren Erschließung im ÖPNV entstehen dort auch Wohnungsbaupotentiale.
- Das Straßenbahnnetz wird weiter ausgebaut, z.B. durch den ersten Abschnitt der Ringbahn von Neu-Isenburg zum Hauptbahnhof.
- Das Park+Ride-Angebot soll gefördert werden, die Geltung des städtischen ÖPNV-Tarifs soll bis zu P+R-Plätzen ausdehnt werden.

Verbindungen in die Region ausbauen

- Eine wichtige Aufgabe ist die Verknüpfung des ÖPNV mit dem überörtlichen Autoverkehr durch die Schaffung von Park-and-Ride Plätzen am Stadtrand. Wir wollen die Verbindungen im ÖPNV mit der Region ausbauen, um den ÖPNV attraktiver für Pendler und Tagesgäste zu gestalten.
- Die Linie U6 soll bis nach Steinbach verlängert werden, mit einem P+R-Platz an der A5.
- Beim geplanten Bau der Regionaltangente West ist die Frage der Finanzierung zu klären.
- Der Höchster Bahnhof als Verkehrsknotenpunkt im Frankfurter Westen muss saniert werden.

Mehr Parkplätze in Wohnquartieren schaffen

- Durch die Schaffung von Parkplätzen für Bewohner der innerstadtnahen Wohnquartiere wollen wir die Parkplatzsituation in den Stadtteilen verbessern.
- Durch Quartiersgaragen für Anwohner sollen zusätzliche Parkplätze geschaffen und gleichzeitig der Straßenraum schöner gestaltet werden.
- Wir wollen die Stellplatzsatzung so modifizieren, dass mehr Parkplätze bei neuen Wohnungen entstehen.

Einen flüssigen Verkehr ermöglichen

- Durch sinnvolle Verkehrsführung und Ampelschaltungen sollen die Wartezeiten für alle kürzer werden.
- Wir wollen ein besseres Konzept für den Lieferverkehr.
- Eine optimierte Koordination von Baustellen ist sicherzustellen.
- Der Schilderwald soll abgebaut werden.
- Verkehrsverstöße sollen konsequenter geahndet werden.
- Das Einführen von Tempo 30 ist kritisch zu prüfen und auf Grundnetzstraßen abzulehnen.

Ja zum Radfahren – aber nicht überall!

- Wir sind für verschärfte Kontrollen von Radfahrern auf Gehwegen.
- Das Radfahren auf der Zeil soll verboten werden.
- Das Radfahren gegen die Einbahnstraße soll an gefährlichen Stellen verboten werden.
- Das Radwegenetz soll besser ausgebaut werden - auch um Radfahrer nicht zum Fahren auf Gehwegen zu verleiten.
- Wir wollen ein flächendeckendes Radwegenetz und weitere Fahrradparkplätze im Stadtgebiet schaffen, z.B. eine Fahrradstation an Hauptwache oder Konstablerwache.
- Gehwege sollen wieder Gehwege werden und nicht länger als Parkplätze oder Radwege missbraucht werden.

Lärmschutz ausbauen

- Der Verkehrslärm soll gemindert werden, u. a. durch geeignete bauliche Maßnahmen wie dem vermehrten Einsatz von lärmminderndem Asphalt.
- Große Verkehrsinfrastruktur soll nur noch mit Lärmschutz ausgebaut werden.
- Bei der notwendigen Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene setzen wir uns ganz besonders für den Lärmschutz entlang der durch das Stadtgebiet führenden Güterzugstrecken ein.

Sanierungsstau abbauen

- Wir wollen den Sanierungsrückstand von Straßen und Brücken aufholen. Wie bei den ÖPP-Brückenprojekten sollen dazu privatwirtschaftlicher Sachverstand und marktwirtschaftliche Anreize genutzt werden und neue, für die Stadt vorteilhafte Wege gegangen werden.

Projekte umsetzen

- Die CDU steht für den Bau der Ortsumfahrung Bonames und der Westumgehung Unterliederbach.
- Die Ortsumfahrung Praunheim soll unverzüglich in voller Länge bis zur Dillenburger Straße gebaut und dabei ab dem Praunheimer Weg im Tunnel geführt werden.
- Die Autobahnanschlussstelle „Bonames“ muss wieder geöffnet werden.
- Wir wollen die Anbindung der Leunastraße auch in Richtung Flughafen.
- Schnelle Umsetzung der Sanierung der gesamten Silostraße.

Sichere Kreuzung schaffen

- Der Umbau der Kreuzung Eschersheimer Landstraße/Hügelstraße wird nur unter Erhaltung der unterirdischen Zugänge zu den Bahnsteigen erfolgen.
- Durch die Einrichtung weiterer oberirdischer Übergänge (Dornbusch) soll die Trennwirkung der U-Bahn in der Eschersheimer Landstraße gemildert werden.

3.2 Planen / Bauen

WIR WOLLEN EINE STADTPLANUNG, DIE FRANKFURTS ATTRAKTIVITÄT STEIGERT

Ziel der Stadtentwicklung ist es, die Attraktivität der Stadt Frankfurt zu erhalten und auszubauen, damit sich Unternehmen hier ansiedeln und auch zukünftige Generationen hier wohnen möchten. Dabei soll die Entwicklung der Stadtteile und Stadtteilzentren besonders gefördert werden. Die CDU steht für eine Planungspolitik, die sich an Qualität und nicht an Quantität orientiert. Eine innovative und kreative Planungspolitik stärkt Frankfurts Perspektiven im Wettbewerb der Regionen und Metropolen.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Für viele große Projekte (Wiederaufbau der Altstadt, Degussa-Areal, Hochhaus-Entwicklungsplan, Innenstadtkonzept, etc) sind die Weichen gestellt worden.
- Am Riedberg, im Europaviertel und am Flughafen werden große Baukonzepte umgesetzt.
- Neugestaltung der Zeil.
- Die Hauptwache wurde für den Durchgangsverkehr geschlossen.
- Die Europäische Zentralbank hat mit ihrem Neubau im Ostend begonnen.

- In Bockenheim entsteht ein Kulturcampus.
- Der Wohnanteil auf dem Universitätscampus wird erhöht.
- Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs ist das Europaviertel als neues attraktives Quartier im Entstehen.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Die großen Projekte voranbringen / neue Projekte beginnen

- Die Altstadtbebauung wird umgesetzt.
- Die Entwicklung des Henninger-Areals wird vorangetrieben.
- Im Ostend wird ein attraktives städtebauliches Umfeld im Rahmen des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB), des Baus der Nordmainischen S-Bahn und der Mainbrücke Ost entstehen. Dazu gehört insbesondere ein wohnquartiernahes Versorgungszentrum zwischen Ostbahnhofstraße und Hanauer Landstraße.
- Flughafen und Gateway Gardens werden in Abstimmung mit der Entwicklung des Bankenviertels und der Innenstadt weiter zu einer Airport City entwickelt.
- Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist auch in Zukunft Leitlinie für die Steuerung von Einzelhandelsinvestitionen. Dabei ist es unter Beachtung seiner Grundsätze entsprechend der städtebaulichen Entwicklung der Stadt fortzuschreiben.

Innenstadt soll noch attraktiver werden

- Wir wollen die Attraktivität und insbesondere die Aufenthaltsqualität der Zeil und der Konstablerwache weiter erhöhen.
- Die Attraktivität der Innenstadt soll durch eine Aufwertung des gesamten Areals zwischen Zeil und Mainufer gestärkt werden.
- Nach Ende der Umgestaltung der Zeil sollen die Bauarbeiten in den Seitenstraßen begonnen werden. Die Neugestaltung der „Großen Friedberger Straße“ und der „Schäfergasse“ stellen dabei den ersten Bauabschnitt dar.
- Wir wollen die Seitenstraßen und Areale rund um die Zeil in die architektonische und planerische Entwicklung der Stadt einbeziehen und bei der Planung einen Schwerpunkt auf den gehobenen privaten Fachhandel für den nicht-alltäglichen Bedarf legen.
- Die in einer Planungswerkstatt erarbeiteten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Innenstadt sind zügig zu beraten und zu entscheiden. Von zentraler Bedeutung ist dabei, die Trennwirkung der Berliner Straße zu reduzieren, die Innenstadt als Wohnstandort zu verstärken und Stadträume spannender auszugestalten – im Sinne einer kritischen Rekonstruktion der alten Stadt.
- Die Aufwertung des Bahnhofsviertels ist fortzusetzen. Wesentlich werden dabei ein stadtverträglicher Umbau des Verkehrsknotens Baseler Platz und eine Verkehrsberuhigung des südlichen Bahnhofsviertels sein.
- Das Programm „Schöneres Frankfurt“ soll intensiv fortgesetzt werden. Als übergreifende Projekte streben wir an den Umbau der Hauptwache zu einem klassischen Stadtplatz, die Aufwertung der Plätze rund um den Hauptbahnhof und den stadtverträglichen Umbau der Berliner Straße sowie des Baseler Platzes.

Wir wollen die Stadtteilzentren stärken

- In den Stadtteilen soll eine Grundversorgung mit Bäckereien, Metzgereien, Supermärkten und sonstigem Einzelhandel erhalten bleiben.
- Wir bekennen uns zur nachhaltigen Entwicklung von Stadtteilzentren mit einem attraktiven Angebot, aber auch mit Verweilqualitäten für die Bürger.
- Bunker in den Stadtteilen sollen erworben und als Proberäume für Bands hergerichtet werden.
- Die Stadterneuerungsmaßnahmen Südliches Ostend, Gallus, Unterliederbach und Alt Sachsenhausen können in wenigen Jahren erfolgreich abgeschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass neben dem Ortskern Fechenheim weitere Erneuerungsbereiche in die Bearbeitung aufgenommen werden.
- Die Innenstadt Höchst soll weiter an Wohnlichkeit und Attraktivität gewinnen. Dabei ist die Trasse der Straßenbahnlinie 11 so zu verändern, dass die Innenstadt besser erschlossen wird.
- Das Umfeld des Bahnhofs soll baulich ergänzt werden, um die Lagegunst des Bahnhofs zu nutzen.

Mischgebiete ausweisen

- In bestimmten Gebieten soll die strikte Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten durch Ausweisung von Mischgebieten aufgehoben werden.
- Das Konzept zur Konversion und Nachverdichtung der Bürostadt Niederrad ist schrittweise zu realisieren, um ein gemischt genutztes „Lyoner Viertel“ zu erreichen.

In neue Wohnformen investieren

- Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete wollen wir auch entsprechende Objekte neuer Wohnformen (Lofts, Mehr-generationshäuser) durch private Investoren – nicht nur Bauträger – bauen lassen.

Einhausung für die A 661 bauen

- Die A661 (Ostumgehung Frankfurt) im Bereich von Seckbach und Bornheim soll eingehaust werden. Die Stadtverordnetenversammlung wird eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme beschließen, um durch die Einhausung neue stadt- und landschaftsräumliche Qualitäten zu entwickeln. Außerdem sollen großräumige Verknüpfungen von Landschaftsteilen und eine bessere Vernetzung der Stadtteile Bornheim, Nordend und Seckbach erreicht werden und innerstädtische und freiraumnahe Wohnbauflächen entwickelt werden.

Die Belastung durch Fluglärm minimieren

- Wir wollen sicherstellen, dass die mit dem Flughafenausbau einhergehenden Belastungen für die Bevölkerung durch Fluglärm so gering wie möglich gehalten werden.

Das Mainfeld weiterentwickeln

- Für das Niederräder Mainfeld soll der Magistrat, zusammen mit der ABG Frankfurt Holding, ein Konzept zur Weiterentwicklung erarbeiten.

Lübke-Siedlung nachhaltig sanieren

- Durch einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem sowohl die sozialen Probleme als auch die planerischen Aufgaben betrachtet werden, soll die Nachhaltigkeit der Sanierung der Heinrich-Lübke-Siedlung gesichert werden.

Fördermittel auf die Stadtteile konzentrieren

- Aus den beiden Programmen „Schöneres Frankfurt – Innenstadt und Stadtteile“ werden ausschließlich kleinere für die Innenstadt und die Stadtteile wichtige Maßnahmen zur Verschönerung des Stadtbildes und des öffentlichen Raums finanziert.

Durch behutsame Verdichtung mehr Wohnraum schaffen

- Die CDU steht für eine Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raums, einer behutsamen Nachverdichtung und die Schaffung von mehr Wohnraum.

Ein kommunales Konjunkturprogramm auflegen

- Wir wollen ein kommunales Baukonjunkturprogramm. Durch die zeitlich befristete Einstellung zusätzlichen Personals soll sichergestellt werden, dass vorrangig solche Bebauungspläne und Baugenehmigungen zügig bearbeitet werden, bei denen spätestens mit dem Satzungsbeschluss Grundstückseigentümer oder Investoren mit der Durchführung der Baumaßnahmen beginnen. Zudem soll der Magistrat soweit möglich auf Leistungen Dritter zurückgreifen.

4.1 Sicherheit

WIR WOLLEN, DASS SICH IN FRANKFURT ALLE SICHER FÜHLEN

Wir wollen den erfolgreichen Weg zu einer sicheren Stadt fortsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mit ihren alltäglichen Kriminalitätsproblemen von den Sicherheitsbehörden ernst genommen werden. Ziel ist stets schnelle und unbürokratische Hilfe. Die bewährte enge Kooperation der Stadtpolizei mit dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main soll fortgeführt und partnerschaftlich weiterentwickelt werden. Eine intensive und enge Zusammenarbeit ist insbesondere an einigen Brennpunkten wie dem Bahnhofsviertel erforderlich.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Die Stadtpolizei wurde ausgebaut.
- Der Freiwillige Polizeidienst ist auf Anhieb zu einer festen Einrichtung geworden, die bei der Bevölkerung viel Vertrauen genießt.
- Die Stationen und Fahrzeuge der VGF sind durch Videoüberwachung und Notrufsäulen sicherer geworden.
- Das Ordnungsamt erhielt ein neues Gebäude und wurde neu organisiert.
- Ein „Haus des Jugendrechts“ ist auf den Weg gebracht worden.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:**Stadtpolizei soll Ansprechpartner sein**

- Die durch vielfältige Maßnahmen, u. a. die Einführung eines Sicherheitsmobils, erreichte stärkere Präsenz der Stadtpolizei in den Stadtteilen weiter intensivieren, möglichst auch in Zusammenarbeit mit dem Präventionsrat.
- Die bisher getrennten Bereiche der Stadtpolizei (Ordnungsamt / Verkehr) sollen wieder zusammengeführt werden. Das erhöht die öffentliche Präsenz, schafft Synergieeffekte und erhöht die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern.
- Wir wollen das eigenständige kommunale Profil der Stadtpolizei weiter schärfen.
- Der Freiwillige Polizeidienst soll auf bis zu 150 freiwillige Polizeihelfer ausgebaut werden, unter besonderer Berücksichtigung von Personen, die sich durch interkulturelle Kompetenz auszeichnen.
- Den Service des Ordnungsamtes für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere bei Beschwerden, wollen wir weiter ausbauen.
- Das Modell der Präventionshelfer als „sehende und meldende Augen der Verwaltung“ soll erweitert werden. Hierbei sind gezielte Einsatzpläne für die Stadtteile zu erstellen.
- Wir wollen besonders geschulte, dauerhafte Präsenzstreifen in der Innenstadt und nach Bedarf auch in einzelnen Stadtteilen. Die Streifen sollen als Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Die Rechtslage verbessern

- Die rechtlichen Rahmenbedingungen sollen insbesondere hinsichtlich der Novellierung der Gefahrenabwehrverordnung an die tatsächlichen Anforderungen angepasst werden.
- Organisierte Bettlerbanden, Trickdiebe und Hütchenspieler dürfen auch künftig nicht das Straßenbild beherrschen.
- Der Ausbreitung von Spielhallen und Wettbüros muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Verkehr intensiver kontrollieren

- Wir wollen eine intensivere Kontrolle des „Ruhenden Verkehrs“, auch nach 22.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen.

Prävention durch gute Planung verbessern

- Das Präventionsnetzwerk des Präventionsrates und seiner Regionalräte soll personell und finanziell gestärkt werden, um zu gewährleisten, dass die gesellschaftlichen, sozialen und örtlichen Ursachen von Kriminalität rechtzeitig und dauerhaft angegangen werden.
- Die Stadtplanung soll verstärkt kriminalpräventive Überlegungen berücksichtigen.
- Eine intensivere regionale Zusammenarbeit, z. B. gezielte gemeinsame Präventionsprojekte mit einzelnen Umlandgemeinden, ist zu prüfen.

- Bei der Belegung von sozial geförderten Wohnungen ist zwingend auf eine soziale Durchmischung zu achten, um Konflikten in der Bewohnerschaft vorzubeugen. Größere und modern sanierte Wohnungen zu moderaten Preisen können soziale „Aufsteiger“ in den Siedlungen halten.

Zivilcourage fördern

- Das Projekt „Gewalt-Sehen-Helfen“ zur Förderung der Zivilcourage und Verbesserung der Helferkompetenz in Gewaltsituationen soll auch in das Fort- und Ausbildungsprogramm von Firmen und Unternehmen aufgenommen werden, um möglichst Menschen zugänglich sein.

Der Jugendkriminalität vorbeugen

- Prävention soll möglichst früh und bereits im Kindergarten zur Stärkung der sozialen Kompetenz erfolgen und Fehlentwicklungen bei Kindern vorbeugen.
- Der Jugendschutz ist zu intensivieren, um den Trend zum intensiven Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen zu stoppen.
- Sollte das Haus des Jugendrechts in Höchst die Erwartungen erfüllen und einen klaren Beitrag zur Reduzierung von Jugendkriminalität leisten, soll ein zweites Haus des Jugendrechts in Frankfurt eingerichtet werden.

Sicherheit im Nahverkehr verbessern

- Das Sicherheitsprogramm der VGF soll beschleunigt umgesetzt werden.
- Die CDU will den Ausbau der Videoüberwachung in den Stationen und Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Die technischen Vorkehrungen (Videoüberwachung in Fahrzeugen und U-Bahn-Stationen) sollen durch Sicherheitspersonal ergänzt werden. Dazu gehören Zugbegleiter in U- und S-Bahnen ab 20.00 Uhr sowie Aufsichtspersonen an Stationen, bei denen Gefährdungen bestehen oder die als unsicher empfunden werden. Zudem sollen die Stationen besser ausgeleuchtet werden.

Hass und Rassismus bekämpfen

- Die CDU setzt weiterhin deutliche Signale gegen Hasskriminalität, häusliche Gewalt, Mobbing, Gewalt im Namen der Ehre, Rassismus und jedwede politisch motivierte Gewalt unabhängig davon, ob sie aus dem Bereich des Islamismus, des Rechts-, Links- oder des Ausländerextremismus stammt. Extremismus in jeglicher Form hat in Frankfurt keinen Platz.

4.2 Brand- und Katastrophenschutz

WIR WOLLEN MEHR ANERKENNUNG FÜR DIE HELFER

Haupt- und nebenamtlich Tätige im Brand- und Katastrophenschutz verdienen mehr Respekt für ihre geleistete Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung als Motivation für die Zukunft. Denn diese Gefahrenabwehr hat weiterhin höchste Bedeutung. Wir wollen deshalb das bestehende System von Berufsfeuerwehr, Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen weiter ausbauen. Frankfurt braucht hoch motivierte und auf höchstem Niveau ausgebildete Helferinnen und Helfer, die mit einer modernen Ausstattung ausgerüstet sind, um schnell und effektiv Hilfe leisten zu können. Die Stadt soll weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen bleiben.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Das Taktische Feuerwehrkonzept 2020 wurde beschlossen.
- Neue Gebäude für die Freiwillige Feuerwehr in einigen Stadtteilen wurden gebaut.
- Der Fuhrpark für Feuerwehr und Rettungsdienste wird nach und nach modernisiert.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Die Feuerwehr stärken

- Die CDU steht für die Fortführung des Taktischen Feuerwehrkonzeptes 2020, der Prioritätenprogramme für Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehren sowie des Fahrzeugprioritätenprogramms.
- Wir unterstützen das von der Frankfurter Jugendfeuerwehr entwickelte Ganztagserschulprogramm, wodurch Brandschutz-erziehung an Schulen ermöglicht werden soll.
- Die Planungen für ein Übungszentrum der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren (Brandhaus) sollen rasch umgesetzt werden.
- Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren brauchen mehr Planungssicherheit, z. B. bei der Suche nach Parkplätzen oder einer Wohnung in der Nähe des Feuerwehrgerätehauses, durch Schaffung eines festen Ansprechpartners bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften.
- Eine rasche Einführung des Digitalfunks ist geboten.

Neue Mitglieder werben

- Wir wollen die privaten Unternehmen in Frankfurt sensibilisieren hinsichtlich der Bedeutung der in der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen freiwillig Tätigen. In diesen Fällen besteht eine besondere Unterstützungspflicht.
- Ein Werbe- und Öffentlichkeitskonzept für die Freiwilligen Feuerwehren wird unterstützt. Dazu gehören Tage der offenen Tür, Werbung bei Jugendlichen und bei Migrantengruppen sowie eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten.

- Der Finanzrahmen von 10.000 € für eigene Maßnahmen bei der Arbeitsgemeinschaft Freiwilliger Hilfsorganisationen (AGFH) wird beibehalten.
- Die CDU unterstützt die Schaffung eines eigenen Übungsgeländes für die Hilfsorganisationen (AGFH) auf dem Gelände des BKRZ (Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum).
- Die Rückführung der Rettungsdienststruktur in die organisatorische Einheit wird aktiv begleitet.

4.3 SAUBERKEIT

WIR WOLLEN, DASS SICH DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER WOHL FÜHLEN

Gepflegte Grünanlagen und ein sauberes Wohn-, Arbeits- und Einkaufsumfeld sind entscheidende Wohlfühlfaktoren für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist in den vergangenen Jahren auch gezielt in Spielplätze für Kinder, in Parks und Grünanlagen investiert worden. Die Stabsstelle Sauberes Frankfurt hat sich bewährt und ist bundesweit als vorbildlich empfunden worden. Diesen Standard gilt es in den kommenden Jahren weiter auszubauen.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Wir haben die Mittel für den Unterhalt der Grünanlagen aufgestockt.
- Das Erscheinungsbild des Straßenraums wird durch kleinere Grünflächen oder Blumenbeete aufgewertet.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Lebensqualität im öffentlichen Raum bewahren

- Die Vielfalt an Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum in Frankfurt muss bewahrt werden.

Mehr WC-Anlagen einrichten

- Die Stadt muss dort öffentliche Toiletten bereitstellen, wo sie gebraucht werden.

Vandalismus und Graffiti bekämpfen

- Die Arbeit der Stabstelle Sauberkeit gegen Vandalismus und Graffiti soll weiter intensiviert werden.

Vermüllung verhindern

- Wir wollen noch mehr Maßnahmen gegen die öffentliche Vermüllung, z.B. mehr Abfallbehälter in Parks, Anlagen und auf Plätzen.

Sauberkeitstag für Frankfurt einführen

- Die CDU plädiert für die Wiedereinführung eines stadtweiten Sauberkeitstags unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kreise der Stadt.

4.4 Wohnen

WIR WOLLEN, DASS FRANKFURT EIN WOHNORT FÜR ALLE IST

Die CDU will, dass für alle Bevölkerungsschichten in Frankfurt ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Frankfurt soll als Wohnstandort wachsen, insbesondere um eine gute soziale Mischung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten und um Pendelfahrten zwischen Umland und Kernstadt zu reduzieren. Dazu ist eine aktive Wohnbaulandpolitik erforderlich. Dabei ist der Soziale Wohnungsbau ebenso bedarfsgerecht auszubauen wie ein umfassendes Wohnungsangebot für die Mittelschicht zu gewährleisten. Städtische Maßnahmen wie das Mittelstandsprogramm für junge Familien, die Förderung von selbst genutztem Bestandswohn-eigentum und das Baukindergeld sollen beibehalten werden, um die Wohneigentumsquote zu erhöhen. Wir wollen darauf hinwirken, dass auch die Gemeinden des Umlands sich am sozialen Wohnungsbau in der Region angemessen beteiligen.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Wir haben das Fünf-Jahres-Programm „Wohnen in Frankfurt 2009 – 2013“ beschlossen, das mindestens 2.000 Neubauwohnungen pro Jahr erreichen will und das die Zahl der geförderten Neubau-wohnungen auf jährlich 600 steigern soll. Darüber hinaus soll der

Ankauf von Belegungsrechten im Wohnbestand wesentlich gesteigert werden.

- Junge Familien können über günstige Erbpacht Wohneigentum bilden.
- Die Richtlinien für die Vergabe von Baudarlehen sind noch familienfreundlicher gestaltet worden.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Wohnungen für alle Schichten bauen

- Wir wollen, dass bezahlbarer und möglichst qualitativ hochwertiger Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten erhalten bzw. geschaffen wird. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum für „Normalverdiener“ ebenso wie ein ausreichendes Angebot an preiswertem, nutzerfreundlichem Wohnraum für junge Familien.
- Ein professionelles Stadtentwicklungsmanagement soll örtliche Netzwerke stärken, Standortfaktoren optimieren und die Bürgerbeteiligung sicherstellen, damit die Infrastruktur bedarfsgerecht gestaltet wird.
- Die Wohnungsbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung sollen eine Vorreiterrolle im Bereich des innovativen Bauens ebenso im Bereich des geförderten Bauens einnehmen.
- Das Silogebiet soll in einem ersten Schritt nach dem derzeit gültigen Bebauungsplan errichtet werden, insbesondere um Wohnraum für junge Familien zu schaffen.
- Der Wohnanteil in der Innenstadt muss spürbar erhöht werden. Dabei ist auch die Sanierung im Wohnungsbestand zu fördern. Die Baustruktur ist zu verbessern und durch Aufstockung,

Dachgeschossausbau und Nachverdichtung behutsam zu sanieren und zu optimieren, z.B. durch kleinparzellige Stadthäuser und gemischte Wohnformen wie Arbeiten oder Gewerbe im Erdgeschoss, Wohnen im Obergeschoss.

- Die Programme zur Umwandlung gewerblicher Flächen in Wohnungen und zur Aufwertung vorhandenen Wohnraums sollen fortgeführt werden.
- Die Vergabe von Erbbaurechten soll verstärkt werden.

Sozialen Wohnungsbau unterstützen

- Die CDU befürwortet den Öffentlichen Wohnungsbau, der grundsätzlich qualitativ wertvoll sein soll.
- Die Einkommensgrenzen für die Berechtigung für Sozialwohnungen sollen angehoben werden.

Beim Bauen die Umwelt schonen

- Ökologisch sinnvolle, energiesparende Bauweisen und der Einsatz von regenerativen Energien sind zu fördern.
- Zur weiteren Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Stadtgebiet sollen die Wohnungsbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung bei Bauvorhaben verstärkt Passivhaustechnologien, Geothermie oder Solarthermie einsetzen.
- Private Bauherren sollen intensiv über umweltfreundliches und energiesparendes Bauen informiert werden.

- Die ABG-Holding soll verstärkt in die Energie- und Bauberatung einbezogen werden, um exemplarisches Know-how im Passivhausbau zu vermitteln.

Bildung von Ghettos verhindern

- Um Ghattobildung zu vermeiden, müssen einseitige Wohnangebote aus der Nachkriegszeit durch neue, attraktive Wohnformen ergänzt werden. Eine Durchmischung mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten muss Wohnen und Arbeiten im Quartier ermöglichen.
- Durch Quartiersmanagement, sozialverträgliche Belegung und andere geeignete Maßnahmen, zum Beispiel begleitende Sozialarbeit für Jugendliche, soll das nachbarschaftliche Zusammenleben gestärkt werden und eine Ghattobildung vermieden werden.
- Gegen Ghettoisierung hilft insbesondere bezahlbarer Wohnraum für Normalverdiener. Eine Konzentration von Sozialwohnungen ist zu vermeiden.

„Hilfe aus einer Hand“ anbieten

- Unternehmen und Privatpersonen, die Bauen wollen, sollen bei der Entwicklung großer Projekte vermehrt Hilfestellung „aus einer Hand“ angeboten werden. Dazu ist eine Verbesserung der dezentralen koordinierenden Koordination erforderlich.
- Die Vergabevorschriften für öffentliche Auftraggeber sollen überprüft werden, um überflüssige Bürokratie zu vermeiden.

4.5 Kultur

DIE VIELFALT ALS CHANCE FÜR DIE STADTGESELLSCHAFT

Die CDU Frankfurt bekennt sich zur Bedeutung der Kultur für die Identität einer modernen Bürgergesellschaft und der besonderen Verpflichtung einer Kulturstadt. Christdemokratische Kulturpolitik bleibt Werten und Traditionen verpflichtet, begegnet aber gleichzeitig allem Neuen wach und aufgeschlossen. In Frankfurt, der internationalsten Stadt Deutschlands, stoßen die großen Fragen der verschiedenen Kulturen früher und prägnanter aufeinander als andernorts. Es gilt, diese Bevölkerungsvielfalt als Chance zu begreifen und die Potenziale der Menschen zum Wohle der Stadtgesellschaft zu aktivieren. Eine erfolgreiche städtische Kulturpolitik, welche die Teilhabechancen von Menschen an kultureller Bildung und kulturellen Angeboten erhöht, ist eine Grundvoraussetzung für Stabilität und sozialen Frieden.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Die Beschlüsse für den Neubau des Historischen Museums, die Erweiterung des Museums der Weltkulturen und des Jüdischen Museums sowie die Unterstützung der Stadel-Erweiterung waren zentrale kulturpolitische Entscheidungen der letzten Legislaturperiode.

- Die Werkstätten der Städtischen Bühnen wurden saniert und erweitert.
- Die Fassade der Alten Oper wurde renoviert.
- Die Preise für den Besuch von Kindergartengruppen in allen städtischen Museen wurden auf einheitlich drei Euro je Kind für Gruppenführungen und Workshops festgelegt.
- Die Weichen für zwei neue Theater in Sachsenhausen (Michael Quast, Fliegende Volksbühne) und im Bockenheimer Titania-Theater (Reinhard Hinzpeter, Freies Schauspiel Ensemble) wurden gestellt.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Kinder an die Kultur heranzuführen

- Eine wichtige Zukunftsaufgabe besteht darin, Kinder und Jugendliche frühzeitig an die Ästhetik und kulturellen Werte von Vergangenheit und Zukunft heranzuführen.

Ressourcen effektiv nutzen

- Frankfurt hat den größten Kulturetat aller deutschen Großstädte, muss aber dennoch darauf achten, die knapper werdenden Ressourcen effektiv einzusetzen.
- Im Rahmen einer verantwortlichen Haushaltspolitik sollen der Kooperationspool für gemeinsame Projekte und die Betriebsmittel der Frankfurter Museen angemessen ausgestattet werden.
- Über die finanzielle Förderung hinaus unterstützen wir jede Anstrengung, Künstlern und Kreativen jeglicher Art Orte und Möglichkeiten der Entfaltung zu bieten.

Die Buchstadt Frankfurt fördern

- Wir werden den Magistrat in seinen Aktivitäten bestärken, den Anspruch Frankfurts als eine der wichtigsten deutschen Buch- und Literaturstädte zu bekräftigen.
- Das zur Buchmesse 2009 erfolgreich eingeführte Programm „open books“ soll fortgesetzt werden.
- Ein Frankfurter „Haus der Buch- und Medienkultur“ soll in unmittelbarer Nachbarschaft des Goethe-Museums entstehen.
- Dies ermöglicht günstige Büromieten für kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen im Buchsektor und stärkt damit die Bindung der Verlage an Frankfurt.

Prioritäten bei der Sanierung setzen

- Die CDU steht für die weitere Bezuschussung von Alter Oper, Städtischen Bühnen, Mousonturm und Kunsthalle Schirn als städtische GmbHs.
- Angesichts der verringerten Einnahmen müssen in der Kulturinfrastruktur Prioritäten gesetzt werden. Begonnene Sanierungen und Bauerhaltungsmaßnahmen werden fortgesetzt (z. B. Untermaschinerie Alte Oper), bei noch nicht begonnenen Maßnahmen muss eine Verschiebung oder zeitliche Streckung geprüft werden.
- Wir wollen neue Konzepte entwickeln, um die Projektförderung in der Kulturszene noch bedarfsgerechter und effizienter zu gestalten.
- Eine wichtige Perspektive stellt die „Kulturregion“ dar. Wir wollen den kulturellen Austausch mit den Nachbarkommunen ausbauen und gemeinsame Initiativen entwickeln.

Den Zoo weiterentwickeln

- Der Zoo soll zu einem Naturschutzzoo werden, dessen Schwerpunkt die Erhaltung der Artenvielfalt und deren Lebensräume darstellt.
- Für die Besucherinnen und Besucher soll der Zoo noch attraktiver gestaltet und damit seine Stellung als Publikumsmagnet weiter gestärkt werden.

Neues Nutzungskonzept für den Bolongaropalast

- Die Ergebnisse der „Planungswerkstatt Höchst“ bezüglich der Nutzung des Bolongaropalastes sollen zügig umgesetzt werden.

Pferdestall als Kulturzentrum nutzen

Der Livingstonsche Pferdestall im Westend soll zu einem Kulturzentrum mit angemessener Gastronomie umgewandelt werden.

4.6 Sport

WIR WOLLEN DIE STADT ALS VERLÄSSLICHEN PARTNER DER SPORTVEREINE

Der Sport hat für die Stadt Frankfurt nach wie vor einen besonders hohen Stellenwert. Nicht nur im Profisport (Ausbau des Stadions am Bornheimer Hang), sondern auch im Breitensport (Sportstätten-sanierung, höhere Zuschüsse) ist in der vergangenen Legislaturperiode viel investiert worden. Mittlerweile liegen die Ausgaben für die Sportförderung bei jährlich 23,5 Millionen Euro. Die CDU Frankfurt will diese verlässliche Sportpolitik fortsetzen. Wünschenswert wären aber auch private Initiativen, etwa zum Bau einer neuen Multifunktionsarena.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Trotz der Finanzkrise sind die Zuschüsse an die Sportvereine unverändert geblieben.
- Die Sportplätze und die Schwimmbäder werden nach und nach saniert.
- Die Pro-Kopf-Förderung für jugendliche Vereinsmitglieder wurde von 10 auf 18 Euro erhöht.
- Vereine, die städtische Sportanlagen betreuen, erhalten jetzt 660.000 Euro, zehn Prozent mehr.

- Mit dem Sportentwicklungsplan werden die grundlegenden Herausforderungen der kommenden Jahre in Angriff genommen.
- Schulanfänger können von 2010 an ein Jahr lang kostenlos Mitglied in einem Sportverein werden.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Attraktive Großveranstaltungen erhalten

- Die CDU will großen Sportereignissen einen dauerhaften Platz in Frankfurt sichern, da diese auch Werbung für den Standort sind. Neben herausragenden Ereignissen wie dem Deutschen Turnfest oder der Frauen-Fußball-Weltmeisterschaft zählen dazu auch das Radrennen „Rund um den Finanzplatz“, das dauerhaft etabliert werden soll.
- Grundsätzlich wird eine neue Multifunktionshalle für (Sport-) Veranstaltungen mit bis zu 10.000 Besuchern befürwortet. Es ist anzustreben, private Investoren und die Region daran zu beteiligen.

Die soziale Funktion des Sports stärken

- Wir wollen gezielt Sportprojekte fördern, die eine hohe soziale Funktion haben. Dazu zählen Angebote wie der Mitternachtssport oder Boxcamps.
- Aktiv fördern wollen wir auch den nicht vereinsgebundenen Sport (z. B. durch die Kilometrierung an Main und Nidda oder Sportangebote in Parks).
- Für Senioren sollen spezielle Sportparcours angeboten werden.

Hallen effektiver nutzen

- Mit den knappen Ressourcen soll auch bei der Belegung der Sportstätten effektiver umgegangen werden. Deshalb soll ein intelligentes Hallenmanagement der verschiedenen Ämter, Gesellschaften und Vereine umgesetzt werden.
- Die Ausstattung der Sportanlagen mit Kunstrasenplätzen wird fortgeführt.

Neue Sportstätten bauen

- In Nieder-Erlenbach soll eine Sporthalle gebaut werden.
- Im Frankfurter Bogen soll eine ungedeckte Sportanlage sowie eine 3-Felder Sporthalle gebaut werden.

4.7 Umwelt

WIR WOLLEN UMWELTSCHUTZ MIT AUGENMASS

Die CDU Frankfurt steht für Umweltschutz mit Augenmaß. Einerseits sollen die aus dem Klimaschutz resultierenden Anforderungen erfüllt werden, andererseits sich die Menschen aber auch in ihrer Stadt wohl fühlen. Sauberkeit und Lärmschutz, Grünanlagen und Spielplätze, Straßenverkehr und Umweltschutz müssen dabei miteinander in Einklang gebracht werden. Mit dem Energie- und Klimaschutz ist Frankfurt auf einem guten Weg.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Die Ausgaben für die Grünflächenpflege wurden um jährlich 2,8 Millionen Euro erhöht.
- Die Umweltzone ist eingeführt und hat sich bewährt.
- Die Kampagne für mehr Sauberkeit wurde fortgesetzt.
- Das Gesellschaftshaus im Palmengarten wird saniert.
- Mehrere Parks wurden saniert sowie neue Grünanlagen u. a. am Höchster Mainufer, am Riedberg und im Frankfurter Bogen geschaffen.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Patenschaft für Parks und Bäume

- Um Parks, Stadtwald und den Grüngürtel deutlich besser pflegen zu können, wollen wir eine Patenschaft durch Bürger und Vereine erproben.
- Wir streben an, private Garten- und Landschaftspflegebetriebe verstärkt zu nutzen, um die Instandhaltungskosten für städtische Grünflächen zu reduzieren.
- Wir wollen erreichen, dass auf öffentlichen und privaten Grundstücken in der kommenden Legislaturperiode mehr Bäume und Sträucher gepflanzt werden. Für dieses Projekt wollen wir über eine Internet-Plattform ein Netzwerk ins Leben rufen, das die Pflanzaktion in privater Initiative – in Zusammenarbeit mit Baumschulen und mit beratender Unterstützung der Ämter – stadtteilbezogen umsetzt.

Für Energiesparen und Klimaschutz werben

- Zur Reduzierung des Energieverbrauchs soll unter Mitwirkung der städtischen Beteiligungsgesellschaften eine längerfristige umfassende Kampagne durchgeführt werden, die die Bürger mit vielfältigen Informationen und Serviceangeboten aufklärt, motiviert und ein neues Energiebewusstsein aufbaut.
- Die Ziele des Klimaschutzkonzeptes müssen zusammen mit den Bürgern erreicht werden.
- Die Bewerbung Frankfurts als „Green City“ soll vorangetrieben werden.

Mehr Grün in der Stadt schaffen

- Bei Bauvorhaben sollen weiterhin vertikale Gärten und Dachflächenbegrünungen geschaffen werden.
- Der Ostpark ist mit dem Mainufer mittels Fuß- und Radwegen und begleitenden Grünflächen zu verbinden. Dabei kommt auch dem Bau des Hafensparks eine wichtige Rolle zu.

Die Luftqualität verbessern

- Wir wollen für eine bessere Luftqualität durch energieeffiziente Bauten und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, des Radverkehrs und der Elektromobilität sorgen.

4.8 Stadtteile

WIR WOLLEN STARKE STADTTEILE FÜR EIN STARKES FRANKFURT

Die Stärkung der Stadtteile liegt uns besonders am Herzen. Von der Attraktivität der Stadtteile hängt es ganz wesentlich ab, wie wohl sich die Menschen in Frankfurt fühlen. Die Stadtteile stiften Identität und sind für die Stadt ebenso wichtig wie die City. Die CDU Frankfurt setzt sich dafür ein, dass die Stadtteile in ihrer Eigenständigkeit gefördert werden, sich aber zugleich stets als Teil der gesamten Stadtgesellschaft verstehen.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Mit der Einführung der Ortsbeiratsbudgets ist die Eigenständigkeit gegenüber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung verstärkt worden. Erstmals können die Ortsbeiräte eigene Mittel für Verbesserungsmaßnahmen ausgeben.
- Mit verkaufsoffenen Sonntagen auf Stadtteilebene ist die Attraktivität gegenüber der City verbessert worden.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:**Gute Nahversorgung sicherstellen**

- Wir wollen in den Stadtteilen ein ausreichendes Einkaufsangebot für die Bevölkerung sicherstellen.
- Die örtlichen Gewerbevereine werden unterstützt. Eine Vernetzung untereinander wird angestrebt.
- Verkaufsoffene Sonntage auf Stadtteilebene werden im Rahmen gesetzlicher Vorgaben gefördert.

Gehwege ohne Hindernisse schaffen

- Wir wollen Gehwege ohne Hindernisse schaffen. Kreuzungen und Einmündungen sollen leicht passiert werden können. Außerdem soll die Aufenthaltsqualität an Plätzen durch Ruheräume und Sitzgelegenheiten verbessert werden.

WIR HABEN DIE ZUSAMMENARBEIT IN DER REGION VORAN- GEBRACHT

Unsere Stadt Frankfurt ist Herz und Motor der Metropolregion FrankfurtRheinMain, die zu den dynamischsten Regionen in Europa zählt. Viele Zukunftsfragen können nur gemeinsam von den Städten, Kreisen und Gemeinden in FrankfurtRheinMain gelöst werden. Daher kommt der regionalen Kooperation gerade in den kommenden Jahren eine hohe Bedeutung zu. Wir wollen als CDU Frankfurt dafür sorgen, dass Frankfurt auch in den kommenden Jahren die treibende Kraft in der Zusammenarbeit der Städte, Kreise und Gemeinden in unserer Region bleibt damit FrankfurtRheinMain im europäischen und internationalen Wettbewerb der Regionen seinen Spitzenplatz weiter ausbauen kann.

DAS HABEN WIR ERREICHT:

- Mit der „Agenda 2016“ haben wir wichtige neue Impulse gesetzt.
- Wir gestalten die Region gemeinsam mit den Städten, Kreisen und Gemeinden.

DAS WOLLEN WIR ERREICHEN:

Die Metropolregion FrankfurtRheinMain in Europa weiter stärken.

Der Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen wird in Zukunft zugleich ein Wettbewerb um eine tendenziell abnehmende Zahl an gut ausgebildeten Arbeitskräften werden. Sowohl in Deutschland als auch in Europa sieht sich FrankfurtRheinMain zunehmend mit Wettbewerbern konfrontiert, die sich als gemeinsame Metropolregion organisieren. Umso wichtiger ist es, auch in der Region FrankfurtRheinMain weitaus enger als bisher zusammenzuarbeiten. In der Kulturpolitik sind bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden, aber in der Ansiedlungspolitik, beim Standortmarketing und in der Tourismuswerbung sind noch große Potenziale vorhanden. Zwar setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass nur gemeinsam der Wettbewerb erfolgreich zu bestehen ist, aber die Akteure in der Region müssen schneller agieren. Auch in der Wissenschafts- und Bildungspolitik gibt es viele Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit. Eine zentrale Aufgabe der Region wird darin bestehen, sich gemeinsam für einen Ausbau des Eisenbahnkreuzes Frankfurt am Main und der zuführenden Eisenbahnstrecken einzusetzen.

Chancen des novellierten Ballungsraumgesetzes nutzen

Einen zentralen Akteur, der die Aktivitäten in der Region koordinieren und steuern kann, sehen wir im Planungsverband. Die Landesregierung hat im Zuge der Novellierung des Ballungsraumgesetzes die Kompetenzen des Planungsverbandes deutlich ausgeweitet und klar definiert.

Eine Vielzahl von Gesellschaften und Initiativen, von denen einige dazu noch parallel arbeiten, ist der Wettbewerbsfähigkeit der Region nicht förderlich. Vielmehr gilt es, sich als Region FrankfurtRheinMain klar zu positionieren und die Aktivitäten in den verschiedenen Aufgabefeldern zu bündeln. Sowohl von außen als auch von innen muss die Region als Einheit erkennbar werden. Hierzu unterstützen wir auch die Aktivitäten des neu gegründeten Vereins FrankfurtRheinMain.

Mit konkreten Projekten die Region voranbringen

In den vergangenen drei Jahren sind in der regionalen Zusammenarbeit Fortschritte erzielt worden. Dazu hat die „Agenda 2016“ maßgeblich beigetragen. So wurde mit dem Main-Taunus-Kreis und dem Hochtaunuskreis eine „Frankfurter Erklärung“ vereinbart, die unter anderem die Einrichtung eines „Hauses der Region“ in Frankfurt und eine Vertretung der Region in Brüssel sowie die Kooperation im Bereich der Bildung vorsieht. Das „Haus der Region“ soll als Anlaufstelle sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Touristen dienen. Mit dem Verein Frankfurt Rhein Main haben wir ein breites Bündnis aus Wirtschaft, Politik, Kunst und Kultur für die Region etabliert. Erste Projekte sind bereits angestoßen worden.

Generell besteht in der Region ein immenses Potenzial an gemeinsamen Projekten. So können zum Beispiel mit Städten der Region und den Frankfurter Museen gemeinsame Ausstellungen organisiert werden. Bei den Bädern in Frankfurt und der Region ist eine Kooperation beim Personal und beim Know-how möglich. Auch bei der zentralen Aufgabe der kommenden Jahre, dem Klimaschutz, eröffnet sich ein breites Feld an Kooperationsmöglichkeiten.

**ENTSCHEIDEN SIE SICH
AM 27. MÄRZ FÜR EIN
ERFOLGREICHES FRANKFURT**

**DIE
FRANKFURTER
PARTEI**

CDU